Zeitung der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Essen
und des Kreisverbandes DIE LINKE. Essen

Nr. 02/13 – 1. Mai 2013
13. Jahrgang

ESSENER MORGEN

Solidarisch – parteilich – links

Das Wunder von Kray
Interview mit Günther Oberholz, Präsident des FC Kray
Seite 9

Islamfeindlichkeit
Erfolgskonzept für die Rechte
Seite 5

„Lehrjahre sind keine Herrenjahre?“
Wie Beschäftigungssituation junger Menschen heute wirklich aussieht
Seite 6

Tageseltern als Lückenbüßer im Kita-Ausbau
Wie Bund, Land und die Stadt Essen ihre „Punktlandung“ zurechtschummeln **Seite 8**

kulturgutEssen

Ein Bürgerbegehren: Widerstand mit demokratischen Mitteln

Was sind das eigentlich für Menschen, die monatelang Unterschriften sammeln – dafür Termine organisieren, Pressetexte schreiben, tausende Nachbarschaftsbriefe verteilen, Sammelmappen auslegen und natürlich immer wieder auf der Straße und in Kneipen Leute ansprechen, sich einer emotionalen Achterbahn zwischen Zuspruch, Unterstützung, Erfolgserlebnissen und Durchhängern aussetzen, um eine Handvoll Essener Einrichtungen vor Personalkürzungen zu schützen? Was genau ist ihre Motivation?

Übergabe der Unterschriften im Wahlamt am 25. April um 11.00 Uhr
Foto: Sylvia Schochow

Von Anabel Jujol

Gerade zuletzt, beim Abholen einer Sammelmappe in einem Schreibwarenladen fragte mich die Verkäuferin, ob unsere Initiative eigentlich nur aus betroffenen Angestellten bestünde, die um ihre Stellen kämpfen. Nein, weder die drei Vertretungsberechtigten sind selbst unmittelbar betroffen, noch die anderen Akteure, Erstunterzeichner, Sammler und Helfer. Das Engagement der Beteiligten basiert auf einer Motivation, die für einige Gegner des Begehrens nicht nachvollziehbar ist: Es geht um Solidarität mit den Nutzern der Einrichtungen. Es geht darum, für die gesellschaftliche Anerkennung von Kultur und Bildung zu kämpfen, auch wenn es um Einrichtungen geht, die kein internationales Renommee fördern und nicht von berühmten Direktoren geführt werden.

Anabel ist Künstlerin und eine von drei Vertretungsberechtigen des Bürgerbegehrens kulturgutEssen

Wir, die Akteure und unsere UnterstützerInnen, sehen nicht ein, dass diese demokratische Forderung aufgrund der vielgepriesenen „objektiven betriebswirtschaftlichen Kriterien“ nur ein Kostenfaktor ist, den man zusammenstreicht bis zur Schmerzgrenze.

Wir haben das Wohl aller BürgerInnen der Stadt im Sinn. Wir wünschen und gönnen allen alleinerziehenden Müttern und Vätern, Erwerbslosen, Aufstockern, Geringsverdienern, finanziell Belasteten, dass sie abends eine Sprache, Bewegungs- oder Entspannungstechniken lernen, sich beruflich oder aus Interesse weiterbilden können oder Yoga machen, aber auch, dass ihre Kinder für ein Musical proben und dies, obwohl sie nur ein geringes Einkommen haben.

Diese Vorstellung von einem guten Leben in einer solidarischen Stadt haben der Schüler, die Künstlerin, der Lagerist, der Lehrer, der Berufspolitiker, die Geigenlehrerin, die Studentin, die Erzieherin, der Pastor, der Komiker, der Sänger, der Gewerkschaftler, die Professorin, die Praktikantin, der Anwalt, das haben Menschen aus Essen unterschiedlichster Herkunft, miteinander gemeinsam.

Mehr als vier Monate haben wir gemeinsam für dieses soziale Verständnis von Kultur und Bildung gekämpft. Immer wieder haben wir versucht Wege zu finden, die Öffentlichkeit zu informieren und zu motivieren Widerstand zu leisten, wenn auch nur mit einer Unterschrift auf einer Liste.

Widerstand gegen eine Politik, die Bürger in zwei Klassen spaltet, so dass Zugang zu Bildung und Kreativität bloß noch nach Geldbörse bestimmt wird.

In Essen hat die Mehrheit im Rat beschlossen, die Schulden der Stadt rechtfertigten diese Politik des Personalabbaus, und dieser Sachzwang ermögliche keine Alternativen. Dass dahinter ein politischer Wille steht, wird in der Argumentation völlig ausgeblendet. Selbst einige leitende Vertreter der betroffenen Einrichtungen sind davon überzeugt, dass die Verschuldung der Kommune die vorgenommenen Streichungen unweigerlich bedingt. „In meiner Funktion bin ich gegen Ihr Anliegen und privat würde ich das Begehren auch nicht unterschreiben“, gesteht mir der Leiter einer Einrichtung, „schließlich könnte dann die Grundsteuer erhöht werden und ich bin ja Hausbesitzer“.

Als Widerstandsform und Akt des Ungehorsams gegenüber einer solch geeinten Front von Politik und Verwaltung ist ein Bürgerbegehren auf den ersten Blick vielleicht nicht gerade sexy. Ein Bannerdropping, ein Flashmob, eine Demonstration, eine Besetzung, das sind die Dinge, die schnell und spektakulär wirken, aber weder von Machthabern noch Medien langfristig ernst genommen werden. Bürgerbegehren erfordern Fleiß, Ausdauer, Nerven und ständige Auseinandersetzung mit den Inhalten und Argumenten des eigenen Anliegens. Das Erreichen eines Quorums, dann eines Bürgerentscheides und das direkte Einwirken auf kommunalpolitische Entscheidungen ist ein Ziel, für das sich dieser Aufwand lohnt.

Wir müssen nur wollen: Mut zum Widerstand!

Bürgerbegehren erhalten allerdings viel Beachtung der lokalen Presse. Der Zeitfaktor, die konkreten AnsprechpartnerInnen, abgesteckte Erfolgsfaktoren sorgen wie von selbst für einen Polit-Thriller mit „Fortsetzung folgt“-Charakter. Die gute Story ist garantiert.

Die lokale Presse ist das Steckenpferd vieler Kommunalpolitiker. Sie messen daran ihren Einfluss auf die öffentliche Meinung. Die Kommentare der Lokalredakteure zu Zahlenspielen der Verwaltung, Drohbriefen des Kulturrats, Fristverlängerungen und Gutachten des OB, werden von den Entscheidungsträgern ungleich ernster genommen als die Essener Demonstration zum Thema „Umfairteilen“. Vielleicht sollten sie ab und an, wie die Linken es aktuell getan haben, ihre bequemen Ratssessel verlassen und Unterschriften für ihre Anliegen sammeln. Dann wüssten sie, wer sich gar kein Tageszeitungs-Abo leisten kann, wer sich nur über das Internet informiert und wie die Essener sich ihre Meinung bilden.

Was die Akteure an Erfahrungen gemacht haben, in diesen Wochen und Monaten ist bei aller Anstrengung für jeden eine große Bereicherung. Hunderte von Gesprächen hat jeder einzelne zum Thema geführt, dabei den Blickwinkel vieler Bürger kennen gelernt. Trotz des enormen Aufwandes hat es Spaß gemacht, denn etwas gibt es in unserer Bürgerinitiative nicht: Machtspielchen, Autoritäten, Kompetenzgerangel, finanzielle Anreize, persönliche Vorteile, Einflussnahme der Wirtschaft.

Stattdessen durften wir eine „Projektarbeit“ erleben, in der alle gleichberechtigt, solidarisch, engagiert, vielfältig und konstruktiv für ein gemeinsames Ziel arbeiten.

kulturgutEssen hat Menschen aufgefordert sich zu beteiligen, sich zu äußern und etwas Wirksames zu unternehmen, aktiv zu werden in der Politik ihrer Stadt. Eine lebendige Demokratie braucht genau dies: Teilhabe, Interesse, Motivation und die Aussicht auf Wirksamkeit und sehr oft auch eines: Mut zum Widerstand.

Wir wünschen uns, mehr Menschen, die sich in Sachzwängen, Ämtern, Stellungen und Positionen gefangen fühlen, würden den Mut aufbringen, ihrem Verstand, ihrem Herzen und ihrem Gewissen zu folgen und selbst Widerstand zu leisten. Dass dies möglich ist, zeigt der Fall der Hamburger ARGE-Mitarbeiterin Inge Hannemann, die den Mut aufbrachte, die Verhältnisse anzuprangern, die sie selbst in ihrem Amt schafft. Sie erlebt nun harte Sanktionen, aber auch massenhafte Solidarität.

Verantwortungsgefühl und Widerstand kann jeden Rahmen sprengen – auch die engen Ketten der kommunalen Schuldenpolitik.

„Zuerst ignorieren sie dich, dann lachen sie über dich, dann bekämpfen sie dich und dann gewinnst du.“

- Mahatma Gandhi -

& Kurz Knapp

Original und Fälschung

waren schwer auseinander zu halten, als die SPD unlängst ihre „Teilhabe-Karte“ präsentierte. Medienwirksam zusammen mit DGB-Chef Hillebrand. Inhaltlich jedoch nichts anderes, als dies DIE LINKE bereits Mitte 2010 unter dem Namen „Sozial-Pass“ beantragt hatte.

Schön, dass sich nun auch die SPD dafür engagiert, Menschen mit geringem Einkommen leichter und unbürokratischer in den Genuss von Ermäßigungen vom Schwimmbad bis zum Museum kommen zu lassen.

Geschäftsführergehälter

Nach dem Willen der Verwaltung sollen die Kriterien für die Höhe der Gehälter von den Geschäftsführern städtischer Gesellschaften überarbeitet und vereinheitlicht werden. Ein größerer Teil des Gehalts soll künftig abhängig vom Erfolg der jeweiligen Gesellschaft sein.

Fraglich, ob nicht auch falsche Anreize gesetzt werden. Soll künftig „erfolgreicher“ Personalabbau bei den „Indianern“ mit höheren Gehältern bei den „Häuptlingen“ belohnt werden?

Das eigentliche Problem wird nicht angegangen: Warum „verdient“ der Stadtwerke-Chef mit rund 350.000,- Euro knapp fünfmal so viel wie der Geschäftsführer der Jugendhilfe? Und was soll zukünftig der Maßstab für Gehälter sein?

Gute Arbeit – Sichere Rente – Soziales Europa

Unter dieses Motto stellte der DGB den 1. Mai in diesem Jahr. Warum trotzdem SPD-Chef Siegmar Gabriel zum 1. Mai in Essen reden durfte, wissen wir. Auch 2013 ist gekennzeichnet durch die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich und eine Kürzungspolitik der öffentlichen Hand, die die Krise in ganz Europa verschärft statt sie zu überwinden.

Da heißt es am 1. Mai Flagge zu zeigen für fortschrittliche, auch für LINKE Alternativen: in Essen ab 10.00 Uhr bei der DGB-Demonstration vom Girardet in die Innenstadt, ab 11.00 Uhr auf dem Burgplatz und ab 13.30 beim Internationalen Kulturfest auf Zeche Carl.

Herr Paß, bekennen Sie Farbe!

Von Ralf Fischer

16.370 Unterschriften kamen für kulturgutEssen zusammen. DIE LINKE gratuliert den InitiatorInnen zu diesem großartigen Erfolg. Und wir gratulieren der Essener Bevölkerung, die ihre Chance auf den Erhalt unserer Bildungs- und Kultureinrichtungen gewahrt hat.

Ralf Fischer ist Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE. Essen

Nun könnte der Rat der Stadt Essen dem Bürgerbegehren beitreten, also die Forderungen übernehmen und die benötigten 950.000,- Euro für Bildung und Kultur bereitstellen. Er könnte es ablehnen und den Bürgerentscheid in Gang setzen. Dann könnten Sie alle – vielleicht am Tag der Bundestagswahl – über die Zukunft unserer Stadt entscheiden. Wahrscheinlich ist das alles nicht. Vielmehr dürfte die Verwaltung das Bürgerbegehren für unzulässig erklären und als Begründung jenes unselige, von Herrn Paß bestellte Gutachten heranziehen, nach dem wir alle in Angelegenheiten der „inneren Verwaltung" der Stadt nichts zu melden haben. Dann ermöglicht der Rechtsstaat – zum Glück – den Gang vor die Gerichte.

In der aktuellen Finanzkrise der Kommunen hat jenes Gutachten für Herrn Paß keine andere Funktion, als die politische Verantwortung für die Durchsetzung der von oben, von Bund und Land diktierten Kürzungen von sich abzuschieben und den Eindruck zu erwecken, er könne gar nicht anders. Dabei sind die 16.370 Unterschriften nicht nur ein Erfolg für die Kultur, sondern auch ein Erfolg gegen die Logik des Spardiktats. Denn es gibt immer Alternativen. Zum Beispiel statt bei der Kultur am Messeausbau zu sparen. Zum Beispiel städtische Gesellschaften zusammen zu legen und Geschäftsführergehälter zu sparen. Zum Beispiel die Einnahmen der Stadtkasse zu erhöhen durch entsprechende Steuern auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Doch sind solche Schritte von unserem OB zu erwarten?

Viele Fragen müssen jetzt gestellt werden. Zum Beispiel die, ob Herr Paß bei der nächsten Wahl wiedergewählt werden möchte. Wer will schon einen OB, der offen demonstriert, dass er bloß vorgebliche Verwaltungszwänge exekutiert, aber keine politischen Vorstellungen hat? Auch die SPD muss sich die Frage gefallen lassen, wie sie bei der nächsten Kommunalwahl eine Mehrheit im Rat erreichen will, wenn ihr eigener Spitzengenosse antidemokratisch und unsozial handelt. Herr Paß ist derzeit die beste Chance der CDU und der „Viererbande" auf eine Fortsetzung ihrer Politik.

Bliebe es dabei, dieses Gutachten zur Grundlage politischen Handelns zu machen, würde Herr Paß nicht nur die kommunale Demokratie beschädigen, sondern auch jegliche politische Perspektive für unsere Stadt gefährden. Lieber Herr Paß, es ist an der Zeit Farbe zu bekennen!

Protest gegen PEPP

LINKE und ver.di für menschenwürdige Betreuung in der Psychiatrie

Die LINKE Bundestagskandidatin Janina Herff informierte sich am 12. April 2013 bei ver.di und dem Personalrat der Essener LVR-Klinik, was es mit den Protesten gegen PEPP auf sich hat:

Anfang des Jahres hat die Bundesregierung ein „Pauschales Entgeltsystem für Psychiatrie und Psychosomatik" eingeführt. Damit sollen auch in der Betreuung psychisch Kranker die „Fallpauschalen" eingeführt werden, die in den Krankenhäusern schon dazu geführt haben, dass dort Patienten oft überwiegend als betriebswirtschaftliche Kostenfaktoren gesehen werden.

Eine absurde Folge in der Psychiatrie: Rückfällige Patienten würden nicht dann wieder aufgenommen, wenn sie es brauchen, sondern erst, wenn es eine neue „Fallpauschale" für Ihre Behandlung gibt.

Ver.di und der Personalrat befürchten, dass nun auch die Personalschlüssel in den psychischen Klinken zu Lasten von Pflegern und Patienten verschlechtert werden. Janina Herff unterstützt ihre Forderungen: „Psychisch kranke Menschen brauchen eine intensive persönliche Betreuung, mit einer Verwahrpsychologie kann Ihnen nicht geholfen werden."

„Die Provokation ist angekommen"

Oberbürgermeister verweigert Abstimmung über LINKEN-Antrag

Nicht erst seit den letzten Lebensmittelskandalen ist bekannt, dass es um die Kontrolleure in Essen nicht zum Besten bestellt ist. Die personelle Unterbesetzung wurde durch einen Beschluss von CDU/Grünen/FDP/EBB, eine weitere Stelle zu streichen, noch verschärft. Grund genug für DIE LINKE, eine Aufstockung der Lebensmittelkontrolleure zu fordern.

Foto: Klaus Micke, WAZ

Zur Ratssitzung im März beantragte unsere Fraktion die Aufstockung der Lebensmittelkontrolle um 1 (in Worten: eine) Stelle. Zunächst lief auch alles wie gewohnt: Unsere Ratsfrau Claudia Jetter brachte den Antrag ein, es gab Wortmeldungen von SPD und Grünen, und auch die zuständige Dezernentin Raskob meldete sich zu Wort.

Doch statt der nun fälligen Abstimmung verweigerte Sitzungsleiter OB Paß eben diese mit den Worten: „Die Provokation ist angekommen." Die Frage der Personalausstattung falle ausschließlich seine Zuständigkeit, und der Rat sei nicht befugt, darüber zu entscheiden. Nicht nur in unserer Fraktion gingen die Kinnladen nach unten.

Hintergrund ist das so genannte Oebbecke-Gutachten, welches zur Kompetenzabgrenzung zwischen Oberbürgermeister und Rat Stellung nimmt. OB Paß hatte dieses Gutachten Ende letzten Jahres in Auftrag gegeben. Das Ergebnis ist – zumindest aus seiner Perspektive – wunschgemäß: Viele Dinge, über die der Rat bislang entschieden hatte, seien Angelegenheiten der „inneren Verwaltung" und würden somit ausschließlich in die Zuständigkeit des Oberbürgermeisters fallen.

Nicht nur unsere Fraktion staunt über die steilen Thesen des bekannten Rechtsprofessors Oebbecke aus Münster. Doch leider fehlt bislang jede Klärung durch (höhere) Gerichte oder das Land NRW in seiner Funktion als Gesetzgeber. Somit nutzt OB Paß diesen vermeintlichen Spielraum, um dem Rat Entscheidungen zu entziehen.

Wie weiter? In der Sache gibt es immerhin einen Erfolg. Dezernentin Raskob teilte unsere Bedenken und kündigte an, eine zusätzliche Person für die Lebensmittelkontrollen intern abzustellen. Die grundsätzliche Klärung der Frage, was in die Zuständigkeit des Rates fällt, und worüber der OB alleine entscheiden kann, wird wohl noch etwas dauern. Unsere Fraktion hat die Bezirksregierung in ihrer Funktion als kommunale Aufsichtsbehörde eingeschaltet und wir warten gespannt auf deren Stellungnahme. Andernfalls könnte es auf einen Klage hinauslaufen, um zu verhindern, dass der Rat durch den OB in seinen Rechten beschnitten wird.

Der LINKEN liegt nichts ferner, als Kommunalpolitik durch Provokation zu betreiben. Vielmehr ist der Umstand, dass der OB sich provoziert fühlt, ein Zeichen seiner eigenen Schwäche. **jb**

Dezernent setzt LINKE Forderung um

Verwaltung bringt endlich Elternbefragung auf den Weg

Von Janina Herff

Seit Beginn 2012 setzte sich die LINKE Ratsfraktion vehement für eine Elternbefragung, bezogen auf die zukünftige Schulwahl der Grundschuleltern ein. Ein entsprechender Antrag wurde in den Schulausschuss eingebracht und mehrheitlich angenommen. Dennoch wurde die Verwaltung lange Zeit nicht tätig. Erst als DIE LINKE die Sache zum Ratsthema machte, kam Schwung in die Sache.

Mussten wir uns in der Ratssitzung von SPD, CDU, Grünen, EBB und FDP anhören, was uns Peter Renzel im Schulausschuss selbst wiederholt mitgeteilt hatte, nämlich dass eine Elternbefragung völlig überflüssig und totaler Quatsch sei, verkündete der Dezernent wenig später im Schulausschuss beiläufig, dass eine Elternbefragung nun auf den Weg gebracht wird.

Das Argument, Eltern würden mit den Füßen abstimmen, zählt für DIE LINKE nur bedingt. Wenn zum Beispiel eine Realschule in unmittelbarer Nachbarschaft für ein Kind fußläufig bequem zu erreichen ist, kann man daraus nicht den Schluss ziehen, dass dieses Kind nicht ebenso gern zu einer Gesamtschule gegangen wäre, die jedoch deutlich weiter entfernt liegt.

Weil Schulentwicklungsplanung nicht ausschließlich von oben verordnet werden kann, und nur im Dreiklang aus Verwaltung, Politik und Elternwillen wirklich Sinn macht, hatte DIE LINKE sich unaufhörlich dafür stark gemacht. Durch die Befragung bekommt die Politik für die künftige Schulentwicklung endlich belastbare Fakten, statt nur weiter über den Elternwillen zu spekulieren.

Betriebskostenzuschuss für das Stadion verdoppelt?

Es gibt wieder Irritationen um die Kosten des neuen RWE-Stadions. Der Zuschussbedarf der Betriebsgesellschaft wird voraussichtlich nicht bei 780.000,- Euro jährlich liegen, sondern bei 980.000,- Euro. Damit fällt er fast doppelt so hoch aus wie der von den Sport- und Bäderbetrieben einst für das alte Georg-Melches-Stadion gezahlte Zuschuss. Während andere Ratsfraktionen bisher schweigen, hat DIE LINKE rasche Klärung verlangt.

Aus Sicht der Ratsfraktion DIE LINKE kann es nicht angehen, dass die tatsächlichen Kosten oder Folgekosten eines Großprojektes, das zu 95 Prozent aus öffentlichen Geldern finanziert wurde, verschleiert oder vertuscht werden. Das ist aber der Fall: In die bisherige Kostenkalkulation flossen nur die Spiele von RWE in der vierten Liga ein, weder zusätzliche Freundschaftsspiele noch Spiele der Frauen vom SG Schönebeck oder die vom FC Kray. Dabei hieß es doch immer, das Stadion sei ein Stadion für ganz Essen! Den Verantwortlichen dürfte sehr wohl bekannt sein, dass keiner der beteiligten Vereine die kompletten Kosten für ein Spiel einspielen kann. Der Zuschussbedarf steigt bei 20 zusätzlichen Spielen eben um rund 200.000,- Euro.

Bisher war noch nicht einmal geklärt, wie die Kostenlücke zwischen den „alten" 500.000,- Euro und den geplanten 780.000,- Euro jährlich gedeckt werden soll. Nun ist die Lücke noch größer, und zusätzliche Veranstaltungen wie Firmen-Weihnachtsfeiern oder Abi-Bälle werden nicht reichen.

Der Kämmerer sieht den Ball schon bei der Stadionbetriebsgesellschaft bzw. der Grundstücksverwaltung Essen (GVE) GmbH, die das Stadion gebaut hat. Doch wieso soll eine städtische Tochter für die von der Ratsmehrheit nicht gedeckten „Schecks" aufkommen? Die Bezirksregierung will höhere Zuschüsse aus dem Sport- und Bäderhaushalt finanziert sehen. Doch dieser Haushalt ist ohnehin auf Kante genäht, jede weitere Belastung ginge zu Lasten des Breitensports.

Wir sind gespannt, welche Vorschläge die Parteien haben, die das Stadion ohne Klärung der Folgekosten „durchgezockt" haben.

Wolfgang Freye
Ratsherr für DIE LINKE. Essen

Gezielte Kampagne!

LINKE-Ratsfrau sollte beschädigt werden

Die Stadtverwaltung verfügt über allerlei sensible Sozialdaten, angefangen bei der Einkommens- und Vermögenssituation Essener Bürgerinnen und Bürger bis hin zu Ordnungswidrigkeiten wie Falschparken oder Schwarzfahren und der damit verbundenen Erhebung von Bußgeldern. Diese Daten sind vertraulich zu behandeln.

Doch offenbar nahm es jemand mit dem Datenschutz nicht so genau, wenn es um eine LINKE-Ratsfrau geht. Letzte Woche konfrontierte ein Journalist unsere stellvertretende Fraktionsvorsitzende Janina Herff mit detaillierten Informationen zu ihrer Person. Seinen Informationen nach habe unsere Ratsfrau Verbindlichkeiten bei der Stadt, habe sich geweigert Einkommensnachweise zu erbringen, Kitagebühren nicht gezahlt. Zu guter Letzt habe die Stadt Essen die Forderungen gegenüber unserer Ratsfrau auch noch gestundet. Sogar die Höhe der Außenstände und die Daten der Gesprächstermine waren dem Journalisten bekannt.

Nach gründlicher Recherche hatte der Journalist dann jedoch feststellen müssen, dass die Vorwürfe nicht haltbar sind. Zwar gibt es Rückstände bei der Stadt, jedoch werden diese in Raten abgegolten, worüber es auch eine schriftliche Vereinbarung gibt. Von Sonderbehandlung kann keine Rede sein. Die versprochene Geschichte über die LINKE-Ratsfrau war also keine.

„Dass es für mich keine Sonderbehandlung gibt, weil ich Mandatsträgerin bin, finde ich absolut richtig", erklärt Janina Herff. „Alles andere hätte mich auch entsetzt. Ich bin damals in eine schwierige Lebenssituation geraten, bekam als Studentin kein Bafög, musste mir Geld beim Amt für Soziales und Wohnen leihen, um Miete und Strom zu bezahlen. Einkommensnachweise zur Festsetzung der Kitabeiträge konnte ich nicht erbringen, weil es schlicht kein Einkommen gab, das führte zur Einforderung des Höchstsatzes.

Ich schäme mich nicht arm zu sein, auch nicht für schwierige Lebenssituationen. So geht es vielen Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt. Aber genau wie diese Menschen erwarte auch ich von der Verwaltung, meine Daten vertraulich zu behandeln und nicht an die Presse zu geben."

In der Tat müssen sensible persönliche Daten vertraulich behandelt werden.

Zurzeit erwägt die LINKE Ratsfraktion, rechtliche Schritte gegen die Verwaltung zu einzuleiten. Sozialdatenschutz gilt immer, auch für eine LINKE-Ratsfrau.

lk

Impressum:

Essener Morgen – Solidarisch, parteilich, links

wird herausgegeben vom Kreisverband DIE LINKE.Essen in Kooperation mit der Fraktion DIE LINKE.im Rat der Stadt Essen und dem Wahlkreisbüro Ulla Lötzer (MdB); Redaktion: Jörg Bütefür, Ralf Fischer (v.i.S.d.P.); Seite „Aus dem Bundestag": Ulla Lötzer (v.i.S.d.P.).

Satz und Layout: Steinmann, Feldhaus & Partner GmbH, Otmarstr. 5, 45131 Essen; Druck: Nordost-Druck GmbH & Co. KG, Flurstr. 2, 17034 Neubrandenburg; Auflage: 5.000 Exemplare.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassungen von Redaktion und Herausgeber wieder.

Kontakt: Redaktion „Essener Morgen", Severinstr. 1, 45127 Essen, Telefon: 0201-8602904, Fax: 0201-8602906,
E-Mail: essener-morgen@die-linke-essen.de

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Oktober 2012. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 20.06.2013.

Von Jules El-Khatib

Blick in die Geschichte

Der 1. Mai – Kampftag *und* Feiertag!

Foto: Stefan Dolge

Am 1. Mai 1856 versammelten sich in verschiedenen größeren Städten Australiens zehntausende Arbeiter, um für den 8-Stunden-Tag zu demonstrieren. 30 Jahre später kam es zu erfolgreichen Streiks in einer Chicagoer Fabrik, bei der die Arbeiter ihre Forderungen durch gute Organisation durchsetzen konnten. Drei Wochen später hielt August Spies, der Chefredakteur und Herausgeber der Arbeiter-Zeitung, am Abend des 1. Mai 1886 auf einer Arbeiterversammlung auf dem Haymarket in Chicago eine Rede. Nach der Haymarket-Versammlung, die den darauffolgenden Streiks ihren Namen gab, folgte ein mehrtägiger Streik in Chicago und führte zunächst am 3. Mai zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen Demonstranten und der Polizei, bei der zwei Demonstranten getötet wurden. Bei einer Protestkundgebung am Tag darauf eskalierte die Gewalt, und mehrere Polizisten sowie dutzende Demonstranten wurden getötet. Sieben Organisatoren der Arbeiterdemonstration wurden daraufhin in einem wenig glaubwürdigen Prozess zum Tode verurteilt. Vier von ihnen starben am Galgen. Infolge dieser Gewalt solidarisierten sich die amerikanischen Arbeiter und streikten die darauffolgenden Jahre am 1. Mai.

Europa und der 1. Mai

Am 20. Juli 1889 beschloss der Internationale Arbeiterkongress, bestehend aus sozialistischen Parteien und Gewerkschaften, der anlässlich des 100. Jahrestages des Sturms auf die Bastille tagte, dass die europäischen Arbeiter ihren amerikanischen Kollegen folgen sollten und am 1. Mai ein europaweiter Streik organisiert werden würde. In der verabschiedeten Resolution des französischen Sozialisten Raymond Felix Lavigne hieß es:
„Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine große internationale Manifestation zu organisieren, und zwar dergestalt, dass gleichzeitig in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen (...). In Anbetracht der Tatsache, dass eine solche Kundgebung bereits von dem amerikanischen Arbeiterbund (...) für den 1. Mai 1890 beschlossen worden ist, wird dieser Zeitpunkt als Tag der internationalen Kundgebung angenommen."
Der 8-Stunden-Tag war dabei die Hauptforderung der Arbeiter in Europa und den USA. Die meisten Arbeitgeber drohten daraufhin mit Aussperrungen und der Einstellung von Streikbrechern, ein Mittel, dass in den meisten Städten nicht effektiv wurde, da die Gewerkschaften den Tag gut organisierten. Mit dem Ende des Kaiserreichs, dem Aufflammen der Arbeiterrevolution am Ende des Krieges und dem Erstarken der Gewerkschaften sowie der USPD gelang es, den 1. Mai in Deutschland als Feiertag durchzusetzen und den 8-Stunden-Tag zu verankern.
Mit dem Aufstieg des Hitlerfaschismus und der darauffolgenden Machtübergabe, wurde die Tradition des 1. Mai für 12 Jahre beendet. Die NSDAP ließ die Gewerkschaften bis zum 2. Mai gewähren, um dann die Gewerkschaftshäuser zu zerstören und Gewerkschaftsführer, die sich nicht „kooperativ" zeigten, zu verhaften. Erst 1946 konnten Gewerkschaften, Sozialdemokraten und Kommunisten wieder gemeinsam am 1. Mai agieren und Forderungen stellen, die sich keinem politischen Diktat beugen mussten.

Der 1. Mai heute

Während der 1. Mai in der Vergangenheit ein Tag war, an dem die Arbeiterbewegung ihre Stärke zeigen konnte und progressive Forderungen aufstellte, dient er heute häufig dem Kampf für die Verteidigung alter Rechte und weniger dem Kampf für neue progressive Forderungen.
In Gewerkschaften mehren sich allerdings wieder die Stimmen, die fordern, dass am 1. Mai auch wieder die Senkung der Arbeitszeit bei gleichem Lohn gefordert werden muss, eine Forderung, die in Zeiten zunehmenden Drucks immer wichtiger wird. Heute agieren am „internationalen Kampftag der Arbeiterbewegung" nicht mehr nur Gewerkschaften und linksgerichtete Parteien. Auch Erwerbsloseniniativen, soziale Bewegungen und antifaschistische Gruppen versuchen an diesem Tag die Gemeinsamkeiten herauszustellen und eine Basis für ihre verschiedenen Forderungen zu finden. Der 1. Mai mag weniger Menschen anziehen als früher, die Forderungen sind dafür deutlich breiter geworden und beschränken sich nicht mehr nur auf die soziale Frage.

Jules El-Khatib ist Mitglied im SprecherInnenkreis der linksjugend ['solid] NRW.

Gefahr aus der Mitte

Rede anlässlich der „ProNRW"-Kundgebung in Essen-Haarzopf

Von Vincent Knopp

Im Namen des Bündnisses Essen stellt sich quer möchte ich einige Sätze zu „ProNRW" sagen. „ProNRW" ist Ausdruck einer bürgerlichen Mittelschicht, die vor allem in Krisenzeiten lieber nach unten als nach oben tritt. Statt sich mit den Ursachen von sozialer Ungleichheit und Kriminalität auseinanderzusetzen, werden Migrantengruppen pauschal zu Sündenböcken erklärt. Statt im Bankenviertel von Frankfurt am Main aufzumarschieren, steht „ProNRW" hier, vor einer Asylsuchenden-Unterkunft. Die Opfer einer auf Ungleichheit und Ausbeutung beruhenden Weltordnung werden hier durch „ProNRW" ein weiteres Mal beleidigt. Statt die Bedingungen zu analysieren, in denen Armut entsteht, werden die Armen zu Schuldigen, zu Dieben „unseres" Wohlstands erklärt.
Doch bei „ProNRW" handelt es sich nicht um rassistische Einzelgänger, die am Rande des politischen Spektrums ihr Unwesen treiben. Die fremdenfeindlichen Einstellungen, die diese Partei vertritt, sind in der so genannten Mitte dieser Gesellschaft verwurzelt. Veröffentlichungen wie die der Friedrich-Ebert-Stiftung oder auch die Reihe „Deutsche Zustände" von Wilhelm Heitmeyer zeigen: Mehr als ein Drittel der Deutschen sehen in Menschen mit Migrationshintergrund Eindringlinge, die sich die Sozialsysteme zunutze machen wollen.

Vincent Knopp ist Referent bei SJD-Die Falken

40 Prozent der Deutschen meinen, ein „starkes Nationalgefühl" würde uns mal wieder gut zu Gesicht stehen. Und 10 Prozent wünschen sich die starke Hand eines Führers, der – O-Ton Friedrich-Ebert-Stiftung – „Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert". Es passt übrigens ins braune Bild, dass bei „ProNRW" Menschen anheuern, die in neonazistischen Kreisen aktiv sind. Die Metapher von den „Wölfen im Schafspelz" sei hier einmal mehr zitiert. Doch manchmal beißen auch Wölfe auf Granit.
So auch in Essen-Kray im vergangenen April und Essen-Katernberg 2010. Jedes Mal zeigten mehrere hundert Bürgerinnen und Bürger den Rechtsradikalen, dass ihre Hetze nicht hingenommen wird. Lasst uns also auch heute – hier in Haarzopf – ein Zeichen setzen gegen die rassistischen Provokateure.
Denn wenn wir hier und heute gegen die Rassistinnen und Rassisten von „ProNRW" protestieren, dann protestieren wir nicht nur gegen eine Splitterpartei, sondern vielmehr gegen eine Einstellung, die in Teilen der „Mitte" der Gesellschaft präsent ist. Wir protestieren gegen eine Mentalität, die Deutschland abriegeln will, die sich – insgeheim oder offen – den „gesunden Volkskörper" zurückwünscht, die kein Verständnis für die existenziellen Nöte von Flüchtlingen hat.
Wofür stehen wir hier? Wir demonstrieren für eine Gesellschaft, in der den Verfolgten und Einkommensarmen mit Solidarität und Mitgefühl begegnet wird. Migration ist grundsätzlich eine Chance für alle Beteiligten, keine Gefahr. „ProNRW" versucht, die Menschen entlang ihrer Herkunftsländer zu spalten. Wir wehren uns gegen diesen Hemd-und-Sakko-Rassismus! Lasst uns gemeinsam für ein weltoffenes Zusammenleben demonstrieren!

WAZ und NRZ bald Zeitungen ohne Redakteure?

Erst Ende Januar hatte die WAZ-Gruppe mit der Schließung der Westfälischen Rundschau 120 Beschäftigte vor die Tür gesetzt, nun sollen weitere 200 Stellen im Zeitungsimperium gestrichen werden, auch hier in Essen.

DIE LINKE unterstützt den Betriebsrat im Kampf um die Arbeitsplätze. Doch stehen auch die Medienvielfalt und die Qualität der Zeitungen auf dem Spiel. Noch haben WAZ und NRZ z.B. in Essen teilweise eigenständige Lokalredaktionen, die manchmal auch aus unterschiedlichen Blickwinkeln über lokale Vorgänge berichten, während im Mantelteil oft schon dasselbe steht: Pressevielfalt vor Ort ade, von der „Zombie-Zeitung" bleibt nicht mehr als eine zusätzliche Marke für den Anzeigenverkauf.
Mit „Dumping-Journalismus" wird die Zeitung sicher nicht besser, aber für die Eigentümerfamilie billiger. Ob das gegen die Konkurrenz von Internet-Angeboten hilft, die als Begründung für den Kahlschlag angeführt werden, ist mehr als zweifelhaft.

Alternative Vorschläge des Betriebsrats für eine an der Qualität und Medienvielfalt orientierten Strategie muss die Eigentümerfamilie allerdings nicht mal zur Kenntnis nehmen; denn wegen des „Tendenzschutzes" hat der Betriebsrat bei der WAZ-Gruppe kein Recht auf wirtschaftliche Mitbestimmung.

Ulla Lötzer hat im Bundestag nachgefragt, ob der mit der Pressefreiheit des Verlegers begründete Tendenzschutz überhaupt noch Sinn macht, wenn eine Zeitung wie die WR ihre Inhalte und ihre Tendenz einfach von der Konkurrenz einkauft. Auch dies sieht die Bunderegierung durch die Pressefreiheit geschützt.

„Einer betrieblichen Realität, in der Kostenkalkulationen offenkundigen Vorrang vor den journalistischen Inhalten haben, wird diese Auffassung der Bundesregierung nicht gerecht. Wirtschaftliche Mitbestimmung ist ein Grundrecht der sozialen Demokratie. Es darf den bei der Funke-Gruppe um ihre Arbeitsplätze kämpfenden Kolleginnen und Kollegen nicht länger mit dem Verweis auf den Tendenzschutz vorenthalten werden. Das gilt erst recht, wenn für den tendenzgeschützten Verleger inhaltliche Fragen offenkundig betriebswirtschaftlichen Zielen untergeordnet werden", bewertet MdB Ulla Lötzer die Haltung der Regierung.

LINKES Frauentreffen positiv angenommen – Fortsetzung folgt

Sieben LINKE Frauen fanden sich am 21. April 2013 vormittags zusammen, um bei einem gemeinsam vorbereiteten und genossenen Brunch über frauenpolitische Aspekte in Essen zu diskutieren.

Die Vorstellung einiger statistischer Angaben aus Essen leitete die Diskussion ein. Auch in Essen lebt eine weibliche „Minderheit" von 51 bis 52 Prozent, stadtteilweise differiert dies um wenige Prozentpunkte. Im Anschluss wurde die Zusammensetzung und Arbeit des Essener Frauenbündnisses kurz dargestellt. Dort arbeiten verschiedene Verbände, Organisationen und Initiativen gemeinsam an frauenpolitischen Themen und Aktionen. Vereinbart wurde, auch aus den Reihen der LINKEN für eine stärkere Teilnahme am Frauenbündnis zu werben.
Vereinbart haben wir, zukünftig regelmäßig am jeweils letzten Sonntag alle zwei Monate einzuladen. Wir treffen uns daher am 23. Juni 2013 im Grugapark; Näheres mit einer genauen Einladung geht allen Frauen rechtzeitig zu (bitte aktuelle Informationen auf www.dielinke-essen.de beachten).
Als Themen werden wir nach einem Austausch über den Umgang mit- und untereinander über das Kommunalwahlprogramm aus frauenpolitischer Sicht diskutieren. Weitere Mitstreiterinnen sind herzlich willkommen. Wir freuen uns auf Euch.

Cornelia Swillus-Knöchel

Leistung wegen Schwangerschaft eingestellt

Skandalöse Fehlentscheidung des JobCenters - wieder nur ein Einzelfall?

Gerne und regelmäßig verweist das JobCenter bei Bekanntwerden von krassen Fehlentscheidungen darauf, dass es sich um „einen Einzelfall“ handeln würde. Deshalb möchte ich dieses Mal einen dieser so genannten „Einzelfälle“ zum Anlass nehmen, um die Praxis des JobCenters Essen, wie ich sie täglich von Menschen im Hartz4-Bezug geschildert bekomme, deutlich zu machen.

Von Jan Häußler

Schwangere und junge Mütter im Hartz4-Bezug haben in Essen wenig zu lachen

Foto: Sylvia Schochow

Eine studierende Mutter, die mit ihrem achtjährigen Sohn zusammen lebt und für ihren Sohn auf Leistungen des JobCenters Essen angewiesen ist, gab gegenüber der Behörde an, dass sie schwanger sei, da sie den Mehrbedarf für werdende Mütter und die Erstausstattung bei Schwangerschaft und Geburt erhalten wollte. Doch anstatt der ihr zustehenden Leistungen verfügte das JobCenter kurzer Hand am 29.01.13 die vollständige vorläufige Leistungseinstellung ab Februar. Erst am Bankautomaten musste sie feststellen, dass die Existenzsicherung fehlte; die schriftliche Begründung kam erst Tage später.

Auf ihre persönliche Vorsprache beim JobCenter wurde ihr am Empfang keine Hilfe angeboten, einen Termin beim Sachbearbeiter gab es nicht. Die Unterhaltspflicht des werdenden Vaters besteht rechtlich nur gegenüber dem ungeborenen Kind und der werdenden Mutter, nicht jedoch gegenüber dem achtjährigen Sohn. Dies auch nur, wenn die Leistungsfähigkeit des Vaters positiv festgestellt ist. Durch ein gerichtliches Eilverfahren ließ sich zum Glück schnell Abhilfe schaffen. Die Rechtsstelle des JobCenters hatte innerhalb einer Woche veranlasst, dass die Leistung nachgezahlt wird.

Dieser krasse Einzelfall ist Ausdruck einer allgemeinen Tendenz, im Zweifel zunächst zum schärfsten Mittel zu greifen: Leistungen einzustellen oder nicht zu bewilligen, obwohl der Fall weder tatsächlich noch rechtlich aufgeklärt ist. Klassische Konstellationen, in denen Leistungen unter das Existenzminimum abgesenkt werden, sind folgende:

Ein Leistungsberechtigter gibt beim JobCenter bekannt, dass er eine geringfügige Beschäftigung aufnimmt, und legt einen Arbeitsvertrag vor, wonach er maximal 450,– Euro monatlich verdienen darf. Mündlich wird in Aussicht gestellt, dass ca. 5 Stunden in der Woche gearbeitet werden wird und monatlich ca. 150,– Euro ausgezahlt werden. Das JobCenter reagiert hier regelmäßig so, dass volle 450, Euro als Einkommen abgezogen werden und bietet dann an, wenn die erste Gehaltsabrechnung vorliegt, den Bescheid zu korrigieren. Wird dann die erste Gehaltsabrechnung eingereicht, beginnt das lange Warten auf Nachzahlungen. Hier handelt die Behörde eindeutig rechtswidrig, da von Anfang an ein zu hohes Einkommen prognostiziert wird. Häufig findet sich in solchen Bescheiden die Anmerkung, dies geschehe, „um Überzahlungen zu vermeiden“.

Es muss jedoch das oberste Ziel der Behörde sein, die Existenz der Leistungsberechtigten sicherzustellen (so § 1 Abs. 1 SGB II). In dieser Situation sollten Leistungsempfänger stets die Bescheide genau prüfen, ob zu hohes Einkommen angerechnet wird, und notfalls sofort Widerspruch einlegen. Wenn diese Frist verpasst wird, sind die Menschen darauf angewiesen, dass die Behörde sich an die Zusage hält und zügig neu berechnet, wenn die erste Gehaltsabrechnung vorliegt. Wer seine Bescheide selbst nicht genau versteht oder sich nicht sicher ist, wie man Widerspruch einlegt, sollte innerhalb der Widerspruchsfrist (ein Monat nach Bekanntgabe des Bescheides) eine Beratungsstelle aufsuchen.

Im Zweifel zum schärfsten Mittel zu greifen

Zweites Beispiel: Ein EU-Bürger aus Spanien beantragt Leistungen für sich und seine Kinder, nachdem er hier eine geringfügige Beschäftigung verloren hat. Die Behörde lehnt sofort ab, da Ausländer, die sich zur Arbeitssuche hier aufhalten, von Leistungen ausgeschlossen seien. Das JobCenter übergeht dabei die gefestigte Rechtsprechung des Landessozialgerichts NRW in Eilverfahren, die bei sog. Alt-EU-Bürgern (also alle außer Bulgarien und Rumänien) im Rahmen einer Folgenabwägung Leistungen nach dem SGB II zuspricht. Zudem wird übersehen, dass jemand, der hier am Arbeitsmarkt bereits tätig war, ohnehin nicht vom Leistungsausschluss betroffen war.

Drittes Beispiel: Bei einer Erstantragstellung am Berliner Platz wird dem Antragsteller eine Eingliederungsvereinbarung vorgelegt mit der rechtswidrigen Drohung, wenn diese nicht unterschieben wird, wird der Antrag auf Leistungen erst gar nicht bearbeitet.

Jan Häußler ist Fachanwalt für Sozialrecht

Diese Beispiele, die Woche für Woche in den Beratungsangeboten geschildert werden, verdeutlichen, dass allzu oft zum schärfsten Mittel gegriffen wird - nämlich der Leistungsversagung. Obwohl es sich bei Schwangeren oder Menschen mit geringen deutschen Sprachkenntnissen um Personengruppen handelt, die einen besonderen Fürsorgeanspruch haben. Es handelt sich hier keineswegs um bedauerliche Fehlentscheidungen einzelner Mitarbeiter. Dass es zu solchen Fehlern kommt, und solche gravierenden Grundrechtseinschnitte (Verweigerung von Sozialleistungen) nicht vor der Entscheidung von einer kompetenten Stelle auf die Rechtmäßigkeit geprüft werden, ist Ausdruck eines strukturellen Problems des JobCenters. Auch die Selbstkontrolle nach einem solchen Fehler versagt regelmäßig. Die Leistungsberechtigten bekommen keinen Gesprächspartner im JobCenter, der eine Entscheidung inhaltlich überprüfen könnte. Sie gelangen in der Regel gerade bis zum Empfang, wo sie bestenfalls auf die Möglichkeit eines schriftlichen Widerspruchs hingewiesen werden. Selbstverständlich sollte es eigentlich sein, dass Nachfragen oder Widersprüche von qualifizierten Sachbearbeitern erklärt und erörtert werden können, dass auch die Teamleitung erreichbar ist. Auch die Beschwerdestelle (das so genannte Kundenreaktionsmanagement) ist hierfür kein Ersatz, da die „Kunden“ häufig nur zum JobCenter zurück verwiesen werden. Es gibt dort nicht die Kompetenz Fehlentscheidungen zu korrigieren.

Viele unnötige Probleme landen so bei Rechtsanwälten und vor dem Sozialgericht. Wegen der hohen Fallzahlen dort und als Reaktion darauf, dass die Gerichte hier die Selbstkontrolle der Verwaltung vollständig ersetzen müssen, wird teilweise kein schneller Rechtsschutz gewährt, wenn es um die Übernahme der Miete geht. Es muss für das Sozialgericht erst eine Räumungsklage des Vermieters bei zwei ausstehenden Monatsmieten eingereicht sein, damit dieses die Notwendigkeit einer schnellen Entscheidung sieht. Eine politische Reaktion ist, dass die Bundesländer, die die Kosten für Gerichte, Beratungs- und Prozesskostenhilfe tragen, versuchen, den Zugang zu den Gerichten zu erschweren. Hier werden die Leistungsberechtigten ein weiteres Mal der Möglichkeit effektiven Rechtsschutzes beraubt.

Mehr als jede zweite Klage erfolgreich

2012 wurden beim Sozialgericht Duisburg insgesamt 4.224 Klagen gegen das JobCenter Essen behandelt. Davon gingen 1.247 mit vollem und 1.006 mit teilweisem Erfolg für die Hartz4-Berechtigten aus.

Die Konsequenz müsste aber lauten, die Anzahl der Mitarbeiter im JobCenter deutlich zu erhöhen, und deren Qualifikation durch Fortbildungen zu verbessern. Es fehlt ein zudem eine klare Anweisung an die Fallmanager, wonach das Existenzminimum nie unterschritten werden darf. Eine ansprechbare Anlaufstelle für die Kunden des JobCenters bei Problemen muss geschaffen werden, die auch mit Entscheidungskompetenz ausgestattet ist. Am besten wäre es jedoch, das fehlerbehaftete Hartz4-Gesetz mit seinen Sanktionen, Leistungsausschlüssen und unbestimmten Rechtsbegriffen abzuschaffen!

Brennendes Thema: Energiearmut

Von Gabriele Giesecke

Der Antrag der LINKEN Ratsfraktion zu Strom- und Gassperren wurde in der März-Ratssitzung ohne Debatte in den Sozialausschuss geschoben. Dies kann schon als kleiner Erfolg gewertet werden, wurde doch im letzten Jahr ein diesbezüglicher Antrag von allen anderen Parteien einfach abgelehnt. Offenbar ist das Thema Energiearmut so drängend geworden, dass selbst die sozialpolitisch kältesten Hartliner hierüber nicht mehr hinweg gehen können.

Bundesweit wurden im letzten Jahr nach Angaben der Bundesnetzagentur 312.000 Stromsperren verhängt, die Anzahl der Sperrandrohungen lag bei sechs Millionen. Angesichts der explodierenden Strompreise ist damit zu rechnen, dass diese Zahlen weiter ansteigen. Vor allem Menschen im Niedriglohnbereich und mit Sozialleistungsbezug sind betroffen.

Hartz4-Berechtigte müssen ihren Strom aus der Regelleistung zahlen. Mit den rund 27 ,– Euro, die im Regelsatz für eine Einzelperson vorgesehen sind, lässt sich ein üblicher Strombedarf von 2.000 kWh nicht decken. Bei RWE zahlt sie dafür 51,09 Euro/Monat, bei den Stadtwerken Essen 51,45 Euro/Monat. Wird der Verbrauch auf karge 1.500 kWh gesenkt, sind aktuell immer noch 43,85 Euro/Monat fällig.

Gabriele Giesecke ist Ratsfrau für DIE LINKE. Essen

DIE LINKE fordert ein gesetzliches Verbot von Stromsperren, denn ohne Strom ist ein menschenwürdiges Leben nicht möglich. In 10 von 27 EU-Ländern gibt es Regelungen zu Sozialtarifen für einkommensschwache Haushalte. Immer noch zu wenig, aber mehr als im reichen Deutschland. Damit setzen diese Länder eine Richtlinie der EU um, welche die Mitgliedsländer auffordert, „geeignete Maßnahmen zum Schutz der Endkunden“ zu ergreifen. Die Richtlinie will verhindern, dass „Kunden in schwierigen Zeiten von der Energieversorgung“ ausgeschlossen werden (Richtlinie 2009/272/EG).

Zwischenzeitlich haben auch die Verbraucherverbände sowie die Sozialverbände Maßnahmen gegen Energiesperren gefordert. In einem Beschluss fordert die Mitgliederversammlung der Verbraucherzentrale NRW, dass der Gesetzgeber Energiearmut verbindlich definieren und Kriterien für besonders schutzwürdige Gruppen (z.B. chronisch Kranke, Schwangere und Kleinkinder) festlegen soll, bei denen eine ausreichende Energieversorgung zu gewährleisten ist.

Für Essen liegen keine konkreten Zahlen zu Stromsperren vor, da sich der größte Versorger RWE und alle anderen privaten Stromlieferanten weigern, Zahlen zu veröffentlichen. DIE LINKE will deshalb von der Stadtverwaltung wissen, wie viele Darlehen zur Übernahme von Zahlungsrückständen für Strom beantragt bzw. bewilligt worden sind. Darüber hinaus soll die Verwaltung darstellen, welche „Hilfen zur Vermeidung von Energiearmut bzw. Strom- und Gassperren sie den Essenerinnen und Essenern anbieten kann“.

Es bleibt zu hoffen, dass auch in Essen endlich wirksame Schritte zu einer ausreichenden Energieversorgung für alle eingeleitet werden.

Offene Hartz4-Beratungen

jeden Montag, 9.00 – 11.00 Uhr
Gemeindehaus Lutherkirche, Kerkhoffstraße 22b (Eingang über Martin-Luther-Straße), ALTENDORF

jeden Dienstag, 10.00 – 12.00 Uhr
Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100, ALTENESSEN

jeden Dienstag, 13.30 – 16.30 Uhr
Geschäftsstelle Ratsfraktion DIE LINKE, Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, INNENSTADT

jeden Donnerstag, 9.00 – 12.00 Uhr
Bürgerzentrum Kontakt, Katernberger Markt 4, KATERNBERG

jeden Donnerstag, 16.00 – 18.00 Uhr
Büro DIE LINKE, Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, INNENSTADT

jeden Freitag, 9.00 – 11.00 Uhr
Sozialpädagogische Familienhilfe (SoFa), Rechtstraße 7-9 (Fußgängerzone), BORBECK

jeden Freitag, 9.00 – 12.00 Uhr
Ev. Gemeindezentrum Königssteele, Kaiser-Wilhelm-Straße 39, STEELE

HINWEIS: Bitte beachten Sie, dass innerhalb der Ferien einzelne Termine ausfallen können. Aktuelle Infos gibt’s auf www.bg45.de

Islamfeindlichkeit als Erfolgskonzept für die Rechte

Etwas mehr als drei Jahre ist es her, dass Deutschland über Thilo Sarrazins sozialchauvinistisches Buch „Deutschland schafft sich ab“ diskutierte. Die Diskussion wurde bestimmt von Medien, die der Meinung waren, dass man die falschen Fakten gegenüber Muslimen „wohl noch äußern dürfte“.

Von Jules El-Khatib

Sarrazins Worte wurden nicht nur aufgegriffen von neokonservativen Kreisen, die das Konstrukt eines „christlich-jüdischen Abendlands“ vor den Muslimen „verteidigen“ wollten, sie wurden auch aufgegriffen von Neofaschisten und Rechtspopulisten, die nach dem Erfolg des Buchs mit Sarrazins Thesen warben.

Islamfeindlichkeit in der bürgerlichen Mitte

Das Ausmaß der Islamfeindlichkeit in Deutschland hat eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung gezeigt. Mehr als fünfzig Prozent der Menschen in Deutschland halten den Islam für eine Religion, die nicht mit der deutschen Gesellschaft vereinbart werden kann. Die Hälfte der Bevölkerung ist ebenfalls der Meinung, dass die Muslime in Deutschland zu viele Forderung stellen würden. Knapp die Hälfte denkt, dass es zu viele Muslime in Deutschland gibt.

Die Vorurteile gegen Muslime kommen nicht von ungefähr, so ist die Gleichsetzung von Frauenunterdrückung und Islam in den Medien allgegenwärtig. Die negative Berichterstattung über Muslime ist deutlich präsenter als eine positive Berichterstattung. Jede Woche lassen sich dutzende Beispiele in den Medien finden, in denen Muslimen direkt oder indirekt vorgeworfen wird, dass sie den deutschen Staat ausnutzen und somit „den Deutschen“ schaden.

Auch wird eine Trennung von muslimischer „Minderheitengesellschaft“ und deutscher „Mehrheitsgesellschaft“ suggeriert, eine Trennung, die sich weder im Alltag noch im Leben der Menschen widerspiegelt, aber trotzdem in den Köpfen verankert ist.

Die antimuslimischen Vorurteile gehen sogar soweit, dass siebzig Prozent der Menschen behaupten, dass das Frauenbild aller Muslime nicht nach Europa passe. So wird von Medien und Teilen der politischen Landschaft ein Bild entworfen, indem der Muslim, der seine Frau nicht unterdrückt, die Ausnahme darstellt und nicht andersherum.

Die Islamfeindlichkeit, die auf Vorurteilen beruht, wird dabei von enormen Teilen der Gesellschaft geteilt. So würde der Präsident des Verfassungsgerichts NRW Muslime gerne aus dem Schulwesen ausschließen. Die Begründung dafür findet er in einem angeblichen Selbstverständnis, welches allen Muslimen zugrunde liege. Er wirft der muslimischen Bevölkerung in Deutschland vor, Positionen zu vertreten, „die in offenem Widerspruch zu elementaren Grundwerten unserer Verfassung stehen“. Diesen Widerspruch sieht er besonders bei der Anerkennung von Frauenrechten. Er folgt damit einer willkürlichen Interpretation des Islam, die die übergroße Mehrheit der muslimischen Bevölkerung in Deutschland ablehnt. Die aktuelle Heitmeyer-Studie weist nach, dass die „zunehmende Islamfeindlichkeit sich auch bei höheren Einkommensgruppen zeigt. Bildung wirkt in diesem Fall der Abwertung nicht entgegen.“ Die Ursachen für dieses Forschungsergebnis sehen die Untersucher in der Darstellung der Muslime und deren angeblichen Gefährdung für einen modernen und liberalen Staat.

Profiteure der Hetze

Dass die Islamfeindlichkeit besonders in Zeiten der Krise zunimmt, darf allerdings nicht verwundern. Immer mehr Menschen leiden unter den Folgen von prekarisierter Arbeit. Dass besonders MigrantInnen davon betroffen sind, wird nicht den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Missständen zugeschrieben, sondern der Religion. Durch diese Umdeutung der Ursachen wird Herkunft und Religion zur Begründung für den „gesellschaftlichen Abstieg“, der sich bei großen Teilen der Bevölkerung in schlechten Löhnen, Abstiegsängsten und prekärer Arbeit manifestiert. Dass sich dabei der Hass gegen die muslimische Bevölkerung statt die Verursacher richtet, liegt im Interesse der Verursacher. Karl Marx beschrieb diesen Zustand einst treffend, als er über die Situation der englischen und irischen Arbeiter in England schrieb: „Dieser Antagonismus (Spaltung der Mehrheit der Bevölkerung) wird künstlich wach gehalten und gesteigert durch die Presse, die Kanzel, die Witzblätter, kurz, alle den der herrschenden Klasse zur Verfügung stehenden Mittel. Dieser Antagonismus dient der Machterhaltung.“ Ein Kampf gegen den antimuslimischen Rassismus ist somit immer auch ein Kampf gegen das neoliberale System.

Jules El-Khatib ist Sprecher der Linksjugend [’solid] NRW

Gute Nachbarschaft statt ethnischer Trennung

Essener Studie beleuchtet Integration aus vielen Blickwinkeln

Von Gabriele Giesecke

Auf den ersten Blick erstaunliche und erfreuliche Ergebnisse hat eine repräsentative Befragung von 2.003 Personen mit und ohne Migrationshintergrund in Essen erbracht. So ist eine überwältigende Mehrheit von 74 Prozent der Meinung, „dass es gut ist, wenn einheimische Deutsche und Migrantinnen und Migranten als Nachbarn zusammenleben“.

Nach dem tatsächlichen Zusammenleben befragt, berichten nur 5 Prozent von Reibereien und 29 Prozent sprechen von einem Nebeneinander. Also 65 Prozent leben tatsächlich nachbarschaftlich und gut zusammen. Die Integration wird in Essen von den Menschen also mehrheitlich als gelungen empfunden. Mehr als 90 Prozent der Befragten lebt gern bis sehr gern in Essen.

Wenn man sich näher mit der Studie befasst, sind auch die „Baustellen“ für eine zukunftsfähige und sozial gerechte Weiterentwicklung des Zusammenlebens erkennbar. Wichtig der Hinweis vorab, dass Menschen mit Migrationshintergrund keine homogene Gruppe sind, sondern „sich stark nach ethnischer Herkunft, Dauer ihres Aufenthaltes, sozialer Lage, Religion/Wertevorstellungen, Lebensstilen und Bildungsgrad unterscheiden“. Es ist aber Fakt, dass immer noch größere Teile der Menschen mit Migrationshintergrund schlechtere Chancen haben und in vielfältiger Weise Diskriminierungen erleben.

- Nur knapp ein Drittel der Migrantinnen und Migranten verfügt über eine mittlere Schulausbildung, während dies bei den einheimischen Deutschen 56 Prozent sind. Bei den unter 27 jährigen haben 33 Prozent der Migrantinnen und Migranten keinen Schulabschluss, fast doppelt so viele wie bei den einheimischen Deutschen. Insgesamt die niedrigsten Bildungsabschlüsse gaben die Befragten aus der türkischen Herkunftsgruppe an. Am besten stehen hier die Befragten aus der russischen Herkunftsgruppe.
- Bei den Befragten lag das durchschnittliche Einkommen bei den einheimischen Deutschen bei etwa 1.350 Euro, bei den Migrantinnen und Migranten nur bei 950 Euro. Bei Befragten der türkischen und arabischen Herkunftsgruppe sogar nur bei 620 bzw. 520 Euro.
- Mit 28 Prozent beziehen viermal so viele Migrantinnen und Migranten soziale Transferleistungen als einheimische Deutsche (7 Prozent). Überdurchschnittlich vertreten sind hier die Befragten aus dem arabischsprachigen Raum. Von ihnen beziehen 60 Prozent Sozialleistungen.
- Immerhin rund 35 Prozent der Migrantinnen und Migranten geben an, diskriminiert worden zu sein.

Die Verwaltung selber stellt einige Handlungsfelder heraus:

Gelebte Integration in (und beim) Essen
Foto: Stefan Dolge

Die (schulische) Bildung muss verbessert werden mit besonderem Augenmerk auf Kinder mit Migrationsgeschichte. Maßnahmen gegen Armut sollten der Tatsache Rechnung tragen, dass Armut in Essen zu einem wesentlichen Teil Armut unter einigen Migrantengruppen ist, insbesondere mit arabischer und türkischer Geschichte. Darüber hinaus sollte eine „Antidiskriminierungsstelle“ eingerichtet werden, um ein Zeichen zu setzen, dass Essen „Strukturen für die Verwirklichung von Chancengleichheit und Sicherstellung der Gleichbehandlung“ aufbauen will. DIE LINKE fordert seit langem eine solche Antidiskriminierungsstelle und wird diesen Vorschlag deshalb erneut aufgreifen.

Besonders wichtig wird es in der kommenden Zeit sein, in allen Politikfeldern den besonderen Lebenslagen und den daraus resultierenden Bedürfnissen der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte stärker Rechnung zu tragen. Von der Stadtentwicklung über den Wohnungsbau bis zur klassischen Bildungspolitik besteht ein großer Bedarf, die Strukturen anzupassen. Dabei kann sich die kommunale Politik darauf beziehen, dass mehr als 90 Prozent aller Befragten – einheimische Deutsche und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte – eine gemeinsame Verantwortung aller am Integrationsprozess sehen.

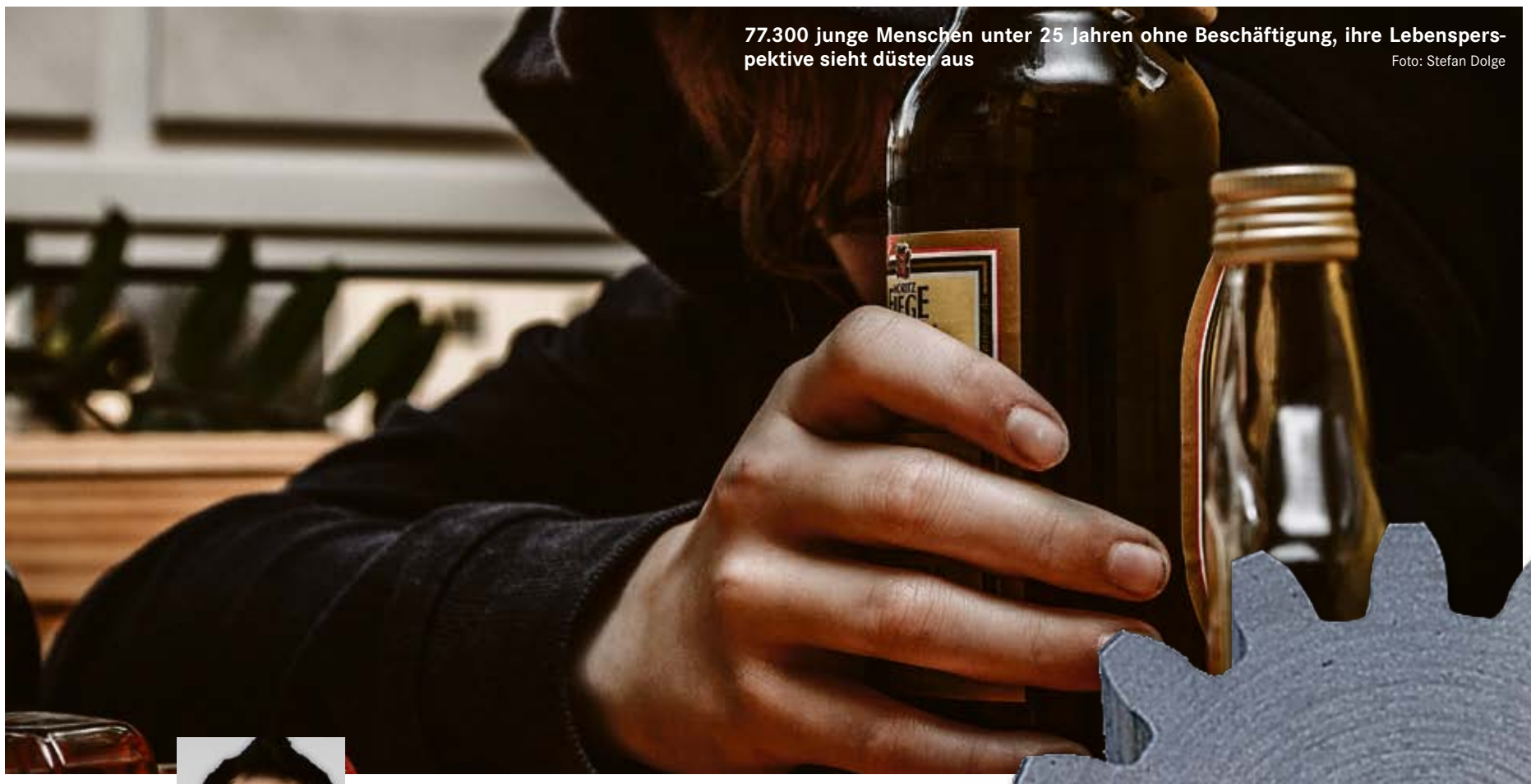
Integration ist eben keine Einbahnstraße, sondern kulturelle Vielfalt ist eine Chance für die gesamte Stadt.

Gabriele Giesecke ist Ratsfrau für DIE LINKE. Essen

„Lehrjahre sind keine Herren

Wie die Beschäftigungssituation junger Menschen heute wirklich aussieht

Laut Angaben des DGB wohnt mehr als jeder zehnte junge Mensch in Nordrhein-Westfalen in einem Haushalt, der auf Hartz4 angewiesen ist (Zahlen aus November 2012). Auch Essen findet sich unter den 25 Städten und Kreisen mit den höchsten SGB II-Quoten bei Jugendlichen.



77.300 junge Menschen unter 25 Jahren ohne Beschäftigung, ihre Lebensperspektive sieht düster aus
Foto: Stefan Dolge

Von Niema Movassat

Eine Studie des Bremer Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe bestätigt: Rund 223.000 Menschen zwischen 15 und 25 Jahren (10,7 Prozent) leben in sogenannten SGB II-Bedarfsgemeinschaften. Die Lebensperspektive dieser jungen Menschen sieht düster aus, denn wer einmal in das unerbittliche Räderwerk der deutschen Armutsverwaltung gerät, kommt selten wieder aus eigener Kraft heraus. Inzwischen sind in Deutschland etwa 77.300 junge Menschen unter 25 Jahren ohne Beschäftigung. Im Vergleich zum Vorjahr ist das bei der Jugendarbeitslosigkeit ein Anstieg um 5,5 Prozent.

Diese nackten Zahlen machen bereits deutlich: Jugendarbeitslosigkeit ist nicht nur in Spanien oder Griechenland ein Problem – wenngleich die Situation dort noch wesentlich dramatischer ist. Die Jugendarbeitslosigkeit bewegt sich in diesen europäischen Nachbarländern bei über 50 Prozent. Selbstmordraten junger Menschen steigen, ganze Familien stehen ohne Perspektive auf der Straße, Armenspeisungen und Notunterkünfte werden der Lage kaum noch Herr.

Doch auch hierzulande ist die Arbeitsmarktsituation für junge Menschen mehr als angespannt: Jedes Jahr suchen zehntausende Schulabgängerinnen und -abgänger vergeblich nach einem Ausbildungsplatz. Nach aktuellen Zahlen gehen rund 22.000 Jugendliche jedes Jahr leer aus. Kein Wunder, denn nur noch jedes vierte Unternehmen in Deutschland bildet aus. Hinzu kommen Hunderttausende junge Menschen, die sich in sogenannten „Warteschleifen“ ohne berufliche Perspektive befinden. In den Arbeitslosenstatistiken der Bundes- und Landesregierungen tauchen diese Jugendlichen jedoch nicht mehr auf. Sie verbringen im Durchschnitt anderthalb Jahre in dieser Zwischenwelt und nur jeder zweite Jugendliche kann von dort in eine Ausbildung vermittelt werden. Das Verschleierungssystem fälscht also nicht nur die Statistik, es ist in der Arbeitsvermittlung zudem auch noch höchst inneffektiv.

Angesichts solcher Zahlen ist völlig unverständlich, weshalb große Betriebe in Deutschland nicht dazu verpflichtet werden, auszubilden. Junge Menschen, die schließlich doch in Beschäftigung kommen, sind in besonderem Maße von unzumutbaren Befristungen, Leiharbeit und Lohndumping betroffen. Viele Auszubildende werden als billige Arbeitskräfte missbraucht, die fachliche Anleitung ist mangelhaft und Ausbildungspläne werden nicht eingehalten. Die Vergütung der Ausbildung reicht in einigen Branchen nicht einmal für den nötigen Lebensunterhalt, viele schulische Ausbildungen kosten sogar Gebühren. Davon sind insbesondere Frauen betroffen, etwa in den Berufen des Gesundheitswesens. Junge Migrantinnen und Migranten haben noch weniger Chancen auf eine Ausbildung. Doch die Bundesregierung weigert sich beharrlich, die Unternehmen per Gesetz zur Ausbildung zu verpflichten. Stattdessen hält sie an dem mit den Arbeitgebern geschlossenen Ausbildungspakt fest. Damit setzt sie lediglich auf Selbstverpflichtungen der Wirtschaft und macht Ausbildung abhängig von der Marktlage. Doch die sinkenden Ausbildungszahlen belegen: Dieser Pakt ist ein Scheitern in Serie. In der Wirtschaftskrise bricht der Ausbildungsmarkt ungebremst ein. Immer wieder aufs Neue wird dann beklagt, in Deutschland herrsche ein Fachkräftemangeln. Geradezu reflexartig erscheint nach dieser Halbwahrheit die Bundesregierung auf dem Plan mit der Ankündigung, nun Fachkräfte im Ausland anwerben zu müssen.

Niema Movassat ist Bundestagsabgeordneter für DIE LINKE

Nur jedes vierte Unternehmen bildet aus

Wir halten dagegen: Wer Fachkräfte braucht, der muss sie zuerst einmal selbst ausbilden und vor allem gut bezahlen, egal ob sie aus Deutschland oder aus dem Ausland kommen. Die verfehlte Finanzmarktpolitik der letzten Jahre darf nicht auf dem Rücken der Jugendlichen abgeladen werden. Deshalb fordert DIE LINKE tariflich abgesicherte und gut bezahlte Arbeitsplätze, einen gesetzlichen Mindestlohn und eine Ausbildungsplatzumlage. Statt wirkungsloser Versprechen bedarf es endlich bindender Gesetze. Alle Betriebe, die sich nicht an der Ausbildung junger Menschen beteiligen, sollen in einen Fonds einzahlen. Betriebe, die ausbilden, erhalten dann aus diesem Fonds Unterstützung. Damit alle Auszubildenden sich eine eigenständige Lebensführung leisten können, sind höhere Ausbildungsvergütungen und eine bessere Ausbildungsförderung notwendig.

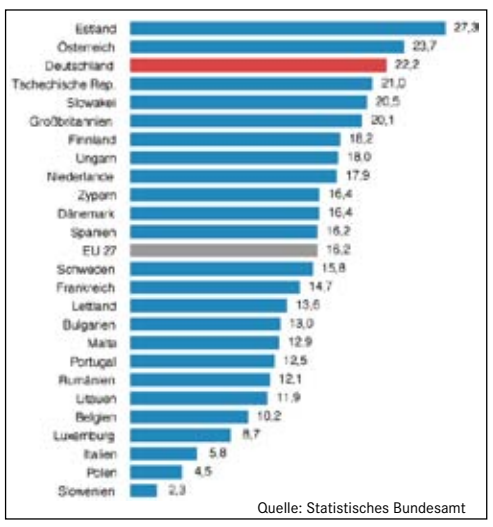
Neben der beschriebenen schlechten Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung sind auch noch weitere Faktoren zu berücksichtigen, die die Situation junger Menschen erschweren. Mit den anstehenden doppelten Abiturjahrgängen und Schulabgängern wird die Ausbildungssuche zusätzlich belastet. Der Konkurrenzkampf unter den Auszubildenden wird steigen. Zu vermuten ist, dass dann auch der Druck seitens der Betriebe auf die Auszubildenden weiter ausgedehnt wird: Immer noch flexibler, mit noch weniger Verdienst sollen die jungen Menschen sein. „Lehrjahre sind schließlich keine Herrenjahre“, hört man in diesem Zusammenhang immer wieder. Doch von sogenannten „Herrenjahren“sind junge Menschen weiter entfernt denn je! Wer heute das Glück hat, einen Ausbildungsplatz zu ergattern, guckt noch lange nicht in eine planbare Zukunft. Zu sehr ist der Arbeitsmarkt von Lohndumping, Leiharbeit und unsicheren Arbeitsbedingungen geprägt, als dass zum Beispiel eine Familienpla-

Deutschland - Frauen verdienen deutlich weniger

Von Cemil Cayir

Veröffentlichungen des statistischen Bundesamtes zeigen: Aktuell verdienen Frauen in Deutschland im Schnitt 22 Prozent weniger als Männer. Das Problem der Lohnungleichheit ist altbekannt, die Politik ist sich einig. Dennoch geschieht zu wenig, um dem entgegenzuwirken. So lag die Lohn- bzw. Einkommenslücke zwischen Männern und Frauen, das sogenannte „Gender Pay Gap“ (GPG), in hierzulande bereits 1999 bei knapp unter 20 Prozent. Im europäischen Vergleich (durchschnittlicher GPG: 16 Prozent) zählte Deutschland im Jahr 2011 mit dem drittletzten Platz zu den Ländern mit der größten Lohnungleichheit. Art. 3 Abs. 2 GG sagt: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ In einem Land wie Deutschland, das die demokratische Gleichheit aller Länder betont, gleicht diese stark ausgeprägte Lohnungleichheit einem Armutszeugnis.

Im europäischen Vergleich lag Deutschland im Jahr 2011 auf dem drittletzten Platz



Es wird zwischen dem bereinigten und dem unbereinigten GPG unterschieden. Das unbereinigte GPG misst den Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern im Allgemeinen. Im bereinigten GPG werden strukturelle Faktoren, wie etwa, dass Frauen auf Grund von Schwangerschaft oder Mutterschaft häufiger aus dem Erwerbsleben aussteigen, herausgerechnet. Nach Bereinigung vermeintlich nicht-diskriminierender struktureller Faktoren bleiben 7 Prozent, welche auf direkte Diskriminierung von Frauen zurückgeführt werden. Ferner gehören zu strukturellen Faktoren, dass Frauen häufiger in Branchen mit geringerem Verdienst arbeiten, häufiger Teilzeit oder Minijobs inne haben und seltener das Ziel verfolgen, Karriere zu machen oder gar mit niedrigeren Ansprüchen in Lohnverhandlungen gehen.

Jene so genannten strukturellen Faktoren kommen jedoch nicht aus dem Nichts und scheinen eher eine Rechtfertigung politischen Versagens zu sein. Hinter den strukturellen Faktoren stecken veraltete Frauenbilder und Stereotypen. So ist zu erklären, warum Frauen häufiger eine Karrierepause einlegen. Denn Sorgearbeit um die Familie, welche noch nicht einmal offiziell als Arbeit anerkannt wird, wird in der Regel aufgrund des Rollenbildes der Frau auch von dieser erwartet und führt somit zum zwangläufigen Karriere-Aus. Wird der Job erst einmal niedergelegt, um sich der Erziehung der Kinder zu widmen, so ist der Wiedereinstieg oder gar der Karriereaufstieg sehr schwierig. Und wenn das Einkommen nicht reicht, ist ein Minijob wegen des Zeitmangels, die einzige Alternative. Der Ausbau von Kitaplätzen ist ein Mittel, dem entgegenzuwirken. So wird erziehenden Frauen mehr Freiraum gegeben, sich beruflich zu betätigen.

Auch die geschlechterdominierten Verteilungen auf dem Arbeitsmarkt, wie z.B. dass Frauen verstärkt in Pflege- und Gesundheitsberufen arbeiten, wurzelt in jenen Rollenvorstellungen. Frauen gehen mit weniger Selbstsicherheit in Lohnverhandlungen, weil sie vor die falsche Wahl gestellt werden, als „Mannweib“ und „Emanze“ oder als „nette Kollegin“ zu gelten. Es muss auch hinterfragt werden, warum frauendominierte Berufe schlechter bezahlt werden. Ist die Verantwortung über das Wohlergehen von Menschen weniger wert als die Verantwortung über eine Maschine oder Finanzen? In vielen Krankenhäusern herrschen desaströse Zustände. Pflege- und Gesundheitspersonal ist stark überlastet und wird dazu noch unterbezahlt. Von ausschweifenden Gehaltsexzessen und siebenstelligen Manager-Boni liest man aber trotz Finanzkrise in den Nachrichten regelmäßig.

Wenn die Frage der Lohngerechtigkeit gelöst werden soll, müssen die veralteten Rollenvorstellungen von Mann und Frau überwunden werden. Wirft man jedoch einen Blick in den Arbeitsalltag junger Frauen, so scheinen wir noch sehr weit von diesem Ziel entfernt zu sein.

Eine Gesetzgebung, wie etwa ein Entgeltgleichheitsgesetz, wäre zwar nur kurzgreifend, da es an Symptomen und nicht an Ursachen ansetzt, doch die unternehmerische Selbstverpflichtung über die letzten Jahre hat keinen Erfolg gezeigt – ganz im Gegenteil.

Weit größere Erfolge erzielen würde eine nachhaltige Überwindung des gesellschaftlichen Sexismus. Wie weit wir hiervon entfernt sind und wie „ernst“ gewisse Politiker dieses Thema, zeigt beispielhaft das Verhalten des stellvertretenden Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, Rainer Brüderle, der selbst Journalistinnen sexistisch begegnet.

Cemil Cayir ist Mitarbeiter der Linksjugend [’solid] NRW

jahre?“

nung langfristig gesichert werden kann.
Die Arbeitssituation junger Mütter ist hierbei noch einmal als besonders prekär herauszustellen: Die Erwerbstätigkeit von jungen Frauen mit Kindern wurde in der alten Bundesrepublik über viele Jahre und mit wirksamen Mitteln gezielt verhindert. Fehlende Betreuungseinrichtungen für Kinder zwangen Frauen, zu Hause zu bleiben oder eine private Betreuung zu organisieren und zu bezahlen. Dieses überkommene Frauenbild wirkt auch heute noch nach. In der öffentlichen Wertediskussion werden junge erwerbstätige Mütter immer noch mit dem Vorurteil der „Rabenmütter“ konfrontiert und ins moralische Abseits gestellt. „Rabenväter“ gibt es offenbar nicht. Alleinerziehende und ihre spezifischen Probleme werden in der Familienpolitik und in der Arbeitsmarktpolitik erst gar nicht mitgedacht.
Doch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf beginnt am Arbeitsplatz! Das wurde viel zu lange vernachlässigt. Alleinerziehende sind in besonderem Maße auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf angewiesen – an sie wird aber häufig als letztes gedacht.
Ein wesentlicher Schritt nach vorne wäre die Umsetzung dessen, was seit Ende des Jahres Gesetz ist: Ab 1. August 2013 sollen alle Kinder nach dem ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf eine Förderung (und einen Platz) in einer Kita oder bei einer Kindertagespflege erhalten. Viele finanzschwache Städte und Gemeinden warnen jedoch schon lange davor, die gesteckten Ausbauziele und die benötigten Kitaplätze nicht erreichen zu können. Erst kürzlich hat der Städte- und Gemeindebund festgestellt, dass in NRW mindestens 27.000 Kitaplätze für unter Dreijährige fehlen. Der ab dem 1. August 2013 gesicherte Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz wird also weit verfehlt werden – das ist absehbar. Auch die Stadt Essen hinkt beim Ausbau der Betreuung massiv hinterher. Die Angst vor Klagen ist daher auch groß, die Wartelisten für Kitaplätze lang. Um schnell viele Plätze zu schaffen, nimmt man vielerorts Qualitätseinbußen und Abstriche bei Standards wie der Außenfläche pro Kind hin.
Größere Gruppen in Kitas und in der Tagespflege, sogenannte Platz-Sharing-Modelle, und die Umwandlung von Plätzen für über Dreijährige in solche für Unter-Dreijährige, zeugen von einer planlosen Politik auf Bundes- und Landesebene.
Allein über die Folgen, überforderte Kinder und überlastete Erzieherinnen, spricht kaum jemand.

Foto: Stefan Dolge

Europa: Schöne Überschriften statt Guter Arbeit

Azubis: Nicht mehr als kleine Rädchen im Getriebe?

Das unerbittliche Räderwerk der deutschen Armutsverwaltung ...

Arbeits- und Beschäftigungspolitik ist ein Politikfeld, das inzwischen auch in die Zuständigkeit der Europäischen Union fällt. Im Rahmen der so genannten Lissabon-Strategie, die im Jahr 2000 verabschiedet wurde, bekannten sich die Staats- und Regierungschefs zu dem Ziel der Vollbeschäftigung innerhalb der Europäischen Union. Soziale Ausgrenzung und Armut sollten überwunden werden. Die aktuelle Krise zeigt, dass die EU von diesen Zielen weiter denn je entfernt ist.

Von Thomas Händel

Die „wettbewerbsfähigste wissensbasierte Ökonomie der Welt“ mit „mehr und besseren Arbeitsplätzen und gestärktem sozialen Zusammenhalt“ sollte die EU werden. Von „Vollbeschäftigung“ und „deutlichen Fortschritten bei der Überwindung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ war im Zusammenhang mit der Lissabon-Strategie bis 2010 die Rede. Die aktuelle EU-2020-Strategie setzt diese Leitlinie lediglich mit neuen Begriffen fort. Zunächst klingen die Kernziele dieser Strategie durchaus vernünftig: Bis 2020 wolle man eine Beschäftigungsquote von 75 Prozent der Bevölkerung im erwerbstätigen Alter (d.h. zwischen 20 und 64 Jahren) erreichen, weniger als 10 Prozent Schulabbrecher, mindestens 40 Prozent der 30–40-Jährigen mit tertiärem Bildungsabschluss und die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohten oder betroffenen Personen um mindestens 20 Millionen senken.
Angesichts der von der EU-Kommission nicht nur mitgetragenen Verwüstungen der Sparpolitik insbesondere in Südeuropa schien es 2012 offensichtlich geraten, eine Reihe von Maßnahmen zu formulieren, um der hohen Arbeitslosigkeit in Europa zu begegnen. Das so genannte „Beschäftigungspaket“ hat folgende Zielsetzungen: „die Förderung der Schaffung von Arbeitsplätzen, (...) die Wiederherstellung der Dynamik der Arbeitsmärkte, die stärkere Steuerung der Beschäftigungspolitik. Engere Überwachung der beschäftigungspolitischen Maßnahmen zusammen mit den EU-Mitgliedstaaten, damit beschäftigungs- und sozialpolitische Erwägungen nicht hinter den wirtschaftspolitischen zurückstehen“ – klingt auf den ersten Blick ganz nett.
Die Ergebnisse sind allerdings mehr als ernüchternd. Die EU-Beschäftigungsquote in den 27 Mitgliedsstaaten ist von 71,6 Prozent (2009) auf 70,1 Prozent (2011) gesunken und wird mit der Vernichtung von Arbeitsplätzen per Austeritätspolitik noch weiter sinken. In keinem Mitgliedsstaat erreicht die Quote der in Normalarbeit unbefristet Beschäftigten noch die Hälfte der Arbeitsverhältnisse insgesamt.
Atypische – meist prekäre und schlecht bezahlte – Arbeit ist europaweit zwischen 1990 und 2010 um 80 Prozent (sic!) gestiegen. Spitzenwerte beim Anteil an allen Beschäftigten erreichen die Niederlande (44 Prozent) sowie Deutschland und Dänemark (28 Prozent).

Lohnniveau drastisch gesunken

Gleichzeitig ist das Lohnniveau drastisch gesunken. Allein in Deutschland arbeiten 24 Prozent der Beschäftigten zu Stundenlöhnen unter 9,15 Euro und damit unter der international definierten Armutsgrenze. Erst bei 9,81 Euro und einer 38 Std.-Woche wäre die OECD-Armutsgrenze von 60 Prozent des nationalen Durchschnittseinkommens erreicht. Es ist also davon auszugehen, dass fast ein Drittel der Beschäftigten unter oder nahe an der Armutsgrenze arbeiten. Von den rund 503 Millionen Einwohnern der EU (2012) sind 119,5 Millionen arm oder armutsgefährdet. 26,9 Prozent davon sind Kinder und 19,8 Prozent ältere Menschen. Jugendarbeitslosigkeit erreicht in ganz Europa fast 24 Prozent mit Spitzenwerten in Griechenland und Spanien bei rund 50 Prozent. Diese Gesamtbilanz ist eine Bankrotterklärung des viel zitierten – und eigentlich nicht wirklich existenten – europäischen Sozialmodells.
Die realen Leitlinien der Europäischen Beschäftigungspolitik sind, jenseits der wohlklingenden Überschriften, nichts anderes als Haushaltskonsolidierung und Defizitabbau, Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und Begrenzung der Lohn- und Lohnnebenkosten – immer öfter auf dem Umweg über Brüsseler Hinterzimmer. „Die Nationalstaaten unterminieren ihre eigene Sozialstaatlichkeit über Ministerrat und Kommission“ formulierte der renommierte Verfassungsrechtler Andreas Fischer-Lescano auf einer DGB-Europa-Konferenz im letzten Herbst. Und EU-Beschäftigungskommissar Laszlo Andor ist ganz bei Merkel: „Hauptsache Arbeit, gleich zu welchen Bedingungen“ sei das Hauptziel der Kommission.
Quer durch Europa scheint ein stillschweigender Konsens der Machteliten zu regieren: Ein Teil der Bevölkerung wird für die Ökonomie schlicht nicht mehr benötigt. Diesem Bild folgt die EU-Beschäftigungspolitik ganz offenkundig:

- Die wirtschaftlich „Nützlichen“ werden gesucht und umsorgt – weltweit,
- „Brauchbare“ aus der EU sollen mit dem „Abbau von Bestandschutz-Maßnahmen“ flexibel dahin bewegt werden, wo sie benötigt werden,
- die aus dem Arbeitsmarkt „Herausgefallenen“ sollen in prekären Beschäftigungsverhältnissen irgendwie beschäftigt werden, und
- die ökonomisch „Überflüssigen“ sollen möglichst kostengünstig „verwahrt“ werden.

Derer Beispiele sind zahlreich: Mit aktuellen Gesetzgebungsverfahren soll versucht werden (brauchbare) Saisonarbeiter aus Drittstaaten anzuwerben – natürlich allerhöchstens zu Mindestarbeitsbedingungen. Per Konzernleihe aus Drittstaaten sollen (nützliche) Hochqualifizierte aus Drittstaaten angeworben werden, die man in einem Mitgliedstaat mit „günstigen“ Arbeitsbedingung einstellt und nach kurzer Zeit europaweit verleiht – zu den Arbeitsbedingungen des Erstaufnahme-Staates. Statt die EU-Entsende-Richtlinie endlich auf den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ umzustellen, soll die Umgehung durch Scheinselbständigkeit weitergehen.
Jugendliche (brauchbare) Arbeitslose werden aus Krisenstaaten mit EU-Fördermitteln abgeworben, was dem Einzelnen zwar hilft, nicht aber den Heimatländern beim Wiederaufbau ihrer Ökonomie. Weitere Initiativen der EU-Kommission zu Lohndumping (z.B. bei den Bodenverkehrsdiensten an Flughäfen) und Arbeitszeitflexibilisierung bzw. –verlängerung bei einzelnen Berufsgruppen (z.B bei Piloten) runden das aktuelle Bild ab.

Thomas Händel ist Europaabgeordneter für DIE LINKE

Dazu kommen Verabredungen unter den Mitgliedsstaaten (die so genannte Methode der offenen Koordinierung) unter anderem zur weiteren Erhöhung des Renteneintrittsalters über 67 hinaus. Die bekannten Pläne für die neue europäische Arbeitszeitrichtlinie, die Blockade einer sozialen Fortschrittsklausel und die Verwüstungen bei Arbeiter- und Gewerkschaftsrechten quer durch Europa zeigen, dass soziale Errungenschaften und Arbeitnehmerrechte in der EU immer stärker einplaniert werden sollen. Die gute Idee eines sozialen Europa verkommt im Interesse des Kapitals und der profitierenden Eliten.
Dennoch: selbst unter herrschenden Mehrheitsverhältnissen ist die Formulierung von Alternativen in Europa nicht völlig chancenlos. Im Beschäftigungsausschuss des Europäischen Parlaments konnten wir eine Mehrheit für Positionen organisieren, die konträr zur neoliberalen Politik von EU-Kommission und der Mehrheit der nationalen Regierungen im Rat steht: „Soziale Mindeststandards um soziale Ungleichheiten zu stoppen, der Respekt der Autonomie der Sozialpartner, Existenz sichernde Löhne mit Mindesteinkommen, die Armut trotz Arbeit verhindern (...), Soziale Grundsicherung um Zugang zu grundlegenden Gesundheitsdiensten und Existenzsicherheit zu gewährleisten“, und die Forderung nach „Einführung eines sozialen Protokolls zum Schutz grundlegender Sozial- und Arbeitsrechte“ zeigen, dass etwas möglich ist.
Die Mehrheit im Beschäftigungsausschuss will „den Teufelskreis von Sparmaßnahmen und Rezession beenden, (...) gleichen Lohn und gleiche Rechte für gleichwertige Arbeit für alle, (...) entsandte Arbeitnehmer ordnungsgemäß bezahlt und nicht für unfairen Wettbewerb benutzt“ wissen und „ein stabiles Niveau der Binnenkaufkraft, einen angemessenen Beitrag zu Wohlfahrtsstaat und sozialen Sicherungssystemen, die nur mit hoher Qualität Beschäftigung, menschenwürdigen existenzsichernden Löhnen und einer gerechten Lastenverteilung“ sichern kann. „Löhne und Renten sind keine ökonomische Variable, sondern sind das Einkommen, das die Menschen zum Leben brauchen.“
Das ist ein guter Anfang! Für einen Ausbau dessen brauchen wir aber andere Mehrheiten – im EU-Parlament und in den nationalen Parlamenten, nicht zuletzt in der Gesellschaft. Um diese zu erreichen, braucht DIE LINKE ein überzeugendes Konzept für ein Europa der Solidarität, der sozialen Integration mit dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Europa. Kernpunkte einer solchen Konzeption wären

- ein europäisches Leitbild von Guter Arbeit – von der man eigenständig, armutsfrei und unbefristet leben kann,
- ein neuer Anlauf in Sachen Arbeitszeit – mit Arbeitszeitverkürzung und gerechter Verteilung der Arbeit zugunsten derjenigen, die bisher unfreiwillig zu wenig haben,
- eine neue Industriepolitik die – demokratisch kontrolliert – die Schaffung von neuer Arbeit insbesondere in „abgehängten“ Regionen und Staaten zum Ziel hat.

Kitaplätze sind längst noch keine Selbstverständlichkeit Foto: Stefan Dolge

Während CDU-Familienministerin Schröder eine „Punktlandung im Kita-ausbau für Unter-Dreijährige“ prognostiziert (Ziel ist eine Versorgungsquote von 33 Prozent), sieht die Realität anders aus.
144.000 Plätze waren für NRW als Zielmarke festgelegt. Auf dem Papier scheinen sie erreicht, doch bereits jetzt ist klar, dass diese Anzahl nicht ausreicht, um dem Rechtsanspruch auf U3-Betreuung zu entsprechen.

Tageseltern als Lückenbüßer im Kita-Ausbau

Wie Bund, Land und die Stadt Essen ihre „Punktlandung“ zurechtschummeln

Von Janina Herff

Janina Herff ist Ratsfrau der Fraktion DIE LINKE

Die etablierte Politik verschanzt sich hinter dem formalen Erreichen der Ausbauquote von 33 Prozent. Tatsächlich aber gilt für einhundert Prozent aller Unter-Dreijährigen der Rechtsanspruch. Das Erreichen ihrer eigenen Zielmarken garantiert den Städten und Gemeinden also somit keinen Schutz vor den finanziellen Folgekosten erfolgreicher Elternklagen. Gerade für Großstädte wie Essen wird mittelfristig eine Nachfrage von 50 bis 60 Prozent prognostiziert, die sich bis dato in der Essener Ausbauplanung nicht wieder findet. Tatsächlich steht ab August 2013 längst nicht einmal für 30 Prozent aller unter Dreijährigen ein U3-Kitaplatz zur Verfügung.
Um ihre Quoten zu erreichen, bedienen sich Verwaltung und etablierte Parteien nicht nur in Essen fragwürdiger Instrumente: Überbelegung, Gruppenaufstockung, Containerlösungen, Zurückgreifen auf geringer qualifiziertes Personal etc. Trotz hohen Engagements der Fachkräfte findet häufig eher Betreuung und Verwahrung statt Bildung und frühkindliche Förderung statt. Für uns LINKE haben Vorschulkinder jeglichen Alters ein Anrecht auf Bildung. Der beste Ort hierfür ist immer noch die Kita.
Aktuell werden, um den real vorhandenen Mangel an Kitaplätzen zu dämpfen, besonders Plätze in der Kindertagespflege massiv ausgeweitet. Zumeist werden fachfremde Frauen über eine 160 Stunden umfassende Qualifizierungsmaßnahme zu Kindertagespfleger/-innen fortgebildet und sollen bis zu fünf Kinder betreuen dürfen.
Putzen, kochen, bilden und betreuen, dass alles muss eine einzige Person leisten, und das bei einer durchschnittlichen Vergütung von vier Euro die Stunde.
Schnell wird klar, warum sich auch Essen derart um die massive Ausweitung der Tagespflege bemüht. Statt frühkindlicher Bildung, wie in Sonntagsreden propagiert, kann so oft nur leidlich Betreuung stattfinden.
Dazu kommen weitere Fehlentwicklungen: Während beispielsweise in einer Kita die Möglichkeit besteht, ein Kind bis zu 45 Stunden betreuen zu lassen, selbst wenn ein Elternteil aus individuellen Gründen nicht erwerbstätig ist, werden in solchen Fällen in Essen im Rahmen der Kindertagespflege nur maximal 20 Stunden finanziert. Eine fragwürdige Praxis! Fallen Tagesmütter krankheitsbedingt aus, gibt es kaum verbindliche Vertretungsregelungen. Suchen sich die Eltern Ersatz, müssen sie dies zusätzlich bezahlen.
Die Tageseltern, völlig unterbezahlt, bitten Eltern oft zusätzlich zu den Jugendamtsbeiträgen zur Kasse. Bis zu 400,- Euro private Zuzahlung kann ein Platz bei Tageseltern kosten. Wer kann sich das leisten?
Tageseltern sind Billigheimer und Lückenbüßer im U3-Ausbau. Damit sind sie ebenso die Leidtragenden einer unzureichenden finanziellen Ausstattung durch Bund, Land und Kommune wie die Eltern und natürlich vor allem die Kinder.

„Mit Kindern zu arbeiten ist einfach schön für mich“

Interview mit der Tagesmutter Sabine

Sabine S. ist 53 Jahre alt und eine erfahrene Tagesmutter. Seit 23 Jahren betreut sie Kinder bei sich zuhause. Momentan sind es fünf Kinder unter drei Jahren.

Wie bist du auf die Idee gekommen, als Tagesmutter zu arbeiten?
Sabine: Als mein kleiner Sohn ein Jahr alt war, bin ich auf die Idee gekommen, mir als Tagesmutter etwas dazuzuverdienen. Damals habe ich auf eine Anzeige im Süd Anzeiger geantwortet: Eine Mutter suchte private Betreuung für ihr Kind. Ich habe schnell gemerkt, dass die Arbeit mit Kindern einfach mein Ding ist, mich erfüllt und mir Freude macht.

Dann hast du dich vor 12 Jahren entschlossen, mit einem städtischen Träger zusammenzuarbeiten, was hat sich verändert?
Sabine: Am Anfang, ehrlich gesagt, überhaupt nichts. Ich sah die Mitarbeiter nur, um Verträge zu unterschreiben, auch Kinder haben sie mir kaum vermittelt. Erst als ich den Träger wechselte, fühlte ich mich unterstützt, habe an Fortbildungen und Erste-Hilfe-Kursen teilgenommen. Da konnte ich selbst nach so vielen Jahren Arbeit mit Kindern noch etwas lernen.

Mit welchen Schwierigkeiten bist du in deiner Arbeit konfrontiert?
Sabine: Es ist ehrlich gesagt manchmal schwierig allein zu arbeiten. Es fehlt einfach eine Kollegin, mit der man sich mal austauschen kann. Auch ist die Elternarbeit nicht immer einfach. Da ich mich nicht nur den Kindern zuwenden kann, sondern auch Kochen und Putzen notwendig sind, ist es manchmal schon etwas stressig. Mir fällt es auch schwer, Arbeit und Privates voneinander zu trennen. Da ich zu Hause arbeite, ist das Kinderspielzeug auch am Wochenende allgegenwärtig.
Darum hatte ich mich entschlossen, zusammen mit einer Kollegin, einen Verbund zu gründen, und Räumlichkeiten anzumieten. Obwohl aus unserer Sicht sehr geeignete Räumlichkeiten zu Verfügung standen, haben wir jedoch keine Genehmigung erhalten. Das ist sehr schade! Auf der einen Seite höre ich immer wieder, dass wir Tagesmütter im U3-Ausbau eine tragende Rolle spielen, auf der anderen Seite wird uns dann aber durch zu hohe bürokratische Hürden die Arbeit schwer gemacht. Ich würde mir da eine individuellere Betrachtung der einzelnen Tagesmütter wünschen.

Kann man als Tagesmutter eigentlich reich werden?
Sabine: Nein, reich wird man mit Sicherheit nicht. Wenn alles optimal läuft, d.h. man hat fünf Kinder mit mindestens 35 Stunden die Woche, und auch das Glück, geeignete Räumlichkeiten zu Hause zu haben, dann kann man von der Arbeit einigermaßen leben. Allerdings ist dies nur selten der Fall. Kinder bekommen oft kurzfristig einen Kitaplatz angeboten oder ein Umzug steht an, da hatte ich auch schon mal die Situation, meine Lebensversicherung kündigen zu müssen, um überhaupt meine Miete zahlen zu können.

Was würdest du dir aktuell als Verbesserung der Arbeitsbedingungen einer Tagesmutter wünschen?
Sabine: Eine verlässliche Vertretungsregelung würde ich mir wünschen, damit man auch mal mit gutem Gewissen krank sein darf. Mehr Planungssicherheit wäre toll, auch ein zwölftes Monatsgehalt würde die Situation verbessern. Zudem ist es schwer nachvollziehbar, warum Tagesmütter je nach Stadt anders bezahlt werden, die Arbeit ist ja unterm Strich die gleiche. Ich kenne Tagesmütter, die von den Eltern zusätzliche Beiträge verlangen. Das ist oft finanziellen Engpässen geschuldet. Die Eltern dafür aber zur Kasse zu bitten, finde ich schwierig. Ich wüsste gar nicht, wie ich das den Eltern gegenüber guten Gewissens rechtfertigen könnte.

Zum Schluss, was findest du schön an Deinem Beruf?
Mit Kindern zu arbeiten ist einfach schön für mich. Wenn ich mir mal eine Woche Urlaub gönne, fehlen sie mir richtig. Ich bekomme direkt etwas zurück für meine Arbeit, wenn ich merke, dass die Kinder gerne kommen und gar nicht wieder abgeholt werden möchten. Eine Freundin hat einen typischen Schreibtischjob, das wäre nichts für mich, immer nur Papier. Die Kinder geben mir einfach viel zurück.

Das Gespräch führte Janina Herff für den ESSENER MORGEN

Aufruf „Blockupy 2013“ nach Frankfurt

Das bundesweite Bündnis Blockupy ruft auch in diesem Jahr zu europäischen Tagen des Protestes gegen das Krisenregime der Europäischen Union auf. Am 31. Mai und 1. Juni 2013 soll der Widerstand gegen die Verarmungspolitik von bundesdeutscher Regierung und Troika – der EZB, der EU-Kommission und des IWF – wieder in ein Zentrum des europäischen Krisenregimes getragen werden: nach Frankfurt am Main, wo die Europäische Zentralbank (EZB) und viele deutsche Banken und Konzerne ihren Sitz haben.

Es gibt großes europäisches Interesse an den Blockupy Aktionstagen, deswegen wird wie im vergangenen Jahr europaweit mobilisiert. Geplant ist ein Camp ab dem 30. Mai, Aktionen des zivilen Ungehorsams am Freitag, dem 31. Mai (mit einer Massenblockade der EZB), verschiedene Veranstaltungen insbesondere am Freitagnachmittag und Abend sowie eine große internationale Demonstration durch die Frankfurter Innenstadt am Samstag, dem 1. Juni. Anders als im letzten Jahr signalisiert die Stadt Frankfurt bislang kein totales Verbot – erste Gespräche haben stattgefunden, aber es braucht noch viel öffentlichen Druck und Aufmerksamkeit, damit Frankfurt nicht erneut zur demokratiefreien Zone wird. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben sich zusammengetan, um frühzeitig ihre Beteiligung an Blockupy zu signalisieren und für weitere Unterstützung zu werben. DIE LINKE wird wie im vergangenen Jahr mit dabei sein. DIE LINKE ruft zur Demonstration am 1. Juni mit auf und wird mit einem lebendigen, starken Block präsent sein. Abgeordnete aus dem Bundestag und den Ländern wollen die Proteste wieder parlamentarisch begleiten und beobachten. Auch die Linksjugend ['solid] beteiligt sich an der Mobilisierung und der Gestaltung der Aktionstage. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung plant eine Direktübertragung der Kundgebungen am 1. Juni zum Fest der Linken.

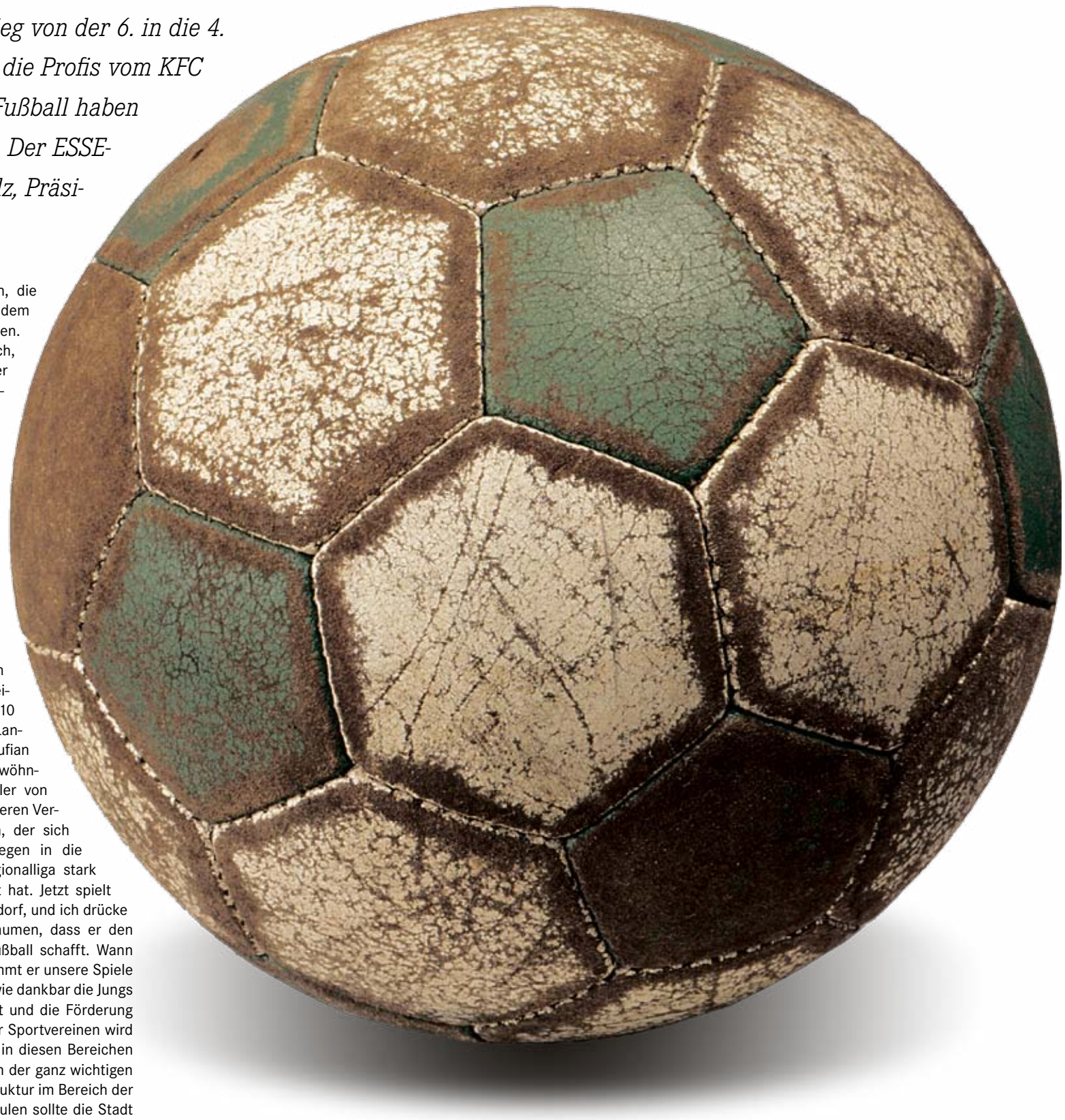
Foto: Stefan Dolge

Protest braucht Geld. Das Blockupy Bündnis ist auf Spenden angewiesen: Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, Konto-Nummer 200337319.
Blockupy kommt wieder – nutzen wir die Chance, wieder präsent, lebendig und kämpferisch dabei zu sein. Interessierte für die Busfahrt aus Essen können sich unter ljs-essen@gmx.de melden und Plätze „vor“reservieren.

Das Wunder von Kray

Gespräch mit Günther Oberholz, Präsident des FC Kray

Das Überraschungsteam des Essener Fußballs ist in dieser Saison ohne Frage der FC Kray. Ein direkter Aufstieg von der 6. in die 4. Liga durch zwei fulminante Auftritte gegen die Profis vom KFC Uerdingen und ein begeisternder Offensiv-Fußball haben auch bei den LINKEN Sympathien geweckt. Der ESSENER MORGEN sprach mit Günther Oberholz, Präsident des Vereins.



Herr Oberholz, Sie waren selbst Spieler. Was ist Ihr schönstes Erlebnis aus Ihrer aktiven Zeit?

Meine schönsten Erlebnisse waren die Auswahlspiele in der Kreis- und Niederrhein-Auswahl, u.a. durften wir im altehrwürdigen Georg-Melches-Stadion ein Vorspiel vor einem Bundesliga-Spiel von RWE vor 20.000 Zuschauern spielen.

Wenn Sie das Vereinsleben von damals mit heute vergleichen: Was hat sich verändert?

Zu meiner aktiven Zeit waren die Menschen noch viel verwurzelter mit den Vereinen im Stadtteil, Fußball wurde in der Landes- oder Bezirksliga vor 1.000 und mehr Zuschauern gespielt, und das Interesse am Fußball im eigenen Stadtteil war riesengroß. Viele Spieler kamen aus der näheren Umgebung. Fußball wurde auf der Straße gespielt, in den Parks und auf den Hinterhöfen. Heute haben die Kinder und Jugendlichen auch noch viele andere Interessen, und leider bestimmt immer mehr der Profifußball das Geschehen. Die Leute sitzen jeden Tag vor dem Fernseher und können sich mit irgendwelchen Spielen aus den Ligen berieseln lassen, statt selbst in den Vereinen tätig zu werden und Kinder im Sport auszubilden. Wir brauchen wieder viel mehr soziales Engagement und ein Augenmerk auf das Ehrenamt. Der Profifußball sollte wie früher auf einen Hauptspieltag am Samstag begrenzt werden, der Sonntag gehört der Familie und den Amateuren.

Ihr Verein zeichnet sich u.a. dadurch aus, dass Sie jungen Nachwuchsspielern aus dem eigenen Verein (und der Umgebung) eine Chance geben. Ist Ihnen diese Vorbildfunktion wichtig?

Sehr sogar. Wir sind sehr stolz darauf, dass wir in unserer Mannschaft fast 100 Prozent Essener Jungs für unseren Verein auf dem Platz stehen, die sich auch total mit dem FC Kray identifizieren. Das beweist doch auch, dass wir in Essen über sehr viele gute Amateurspieler verfügen, die sich prächtig entwickeln können und über viel Potenzial verfügen. Wir bieten den jungen Spielern ein gutes Paket an, ohne dass der finanzielle Aspekt im Vordergrund steht, sondern ein familiäres Umfeld mit guten Bedingungen und vor allem die Chance, sich über den FC Kray weiterzuentwickeln. 2010 habe ich noch zu Landesliga-Zeiten mit Soufian Rami einen außergewöhnlich talentierten Spieler von SG Altenessen für unseren Verein gewinnen können, der sich nach unseren Aufstiegen in die Niederrhein- und Regionalliga stark in den Fokus gespielt hat. Jetzt spielt er bei Fortuna Düsseldorf, und ich drücke ihm ganz fest die Daumen, dass er den Sprung in den Profifußball schafft. Wann immer er Zeit hat, kommt er unsere Spiele besuchen, das zeigt, wie dankbar die Jungs für unser Engagement und die Förderung sind. In vielen Essener Sportvereinen wird hervorragende Arbeit in diesen Bereichen abgeliefert, und neben der ganz wichtigen Förderung der Infrastruktur im Bereich der Kindergärten und Schulen sollte die Stadt Essen vorrangig auch in Sportanlagen investieren, denn die Jugend ist unsere Zukunft und muss dringend mehr gefördert werden. Kinder in Vereinen werden viel besser auf künftige Herausforderungen vorbereitet und lernen in der Gemeinschaft sehr viel.

Foto: FC Kray

Die Saison steht kurz vor dem Abschluss. Am 27. April gelang sogar ein Sieg gegen den Tabellenzweiten Fortuna Köln. War die Saison alles in allem ein Erfolg trotz des absehbaren „Abstiegs“ in die 5. Liga?

Wir sind sehr stolz auf das Erreichte, auch wenn es zum Klassenerhalt nicht reichen sollte. Wir haben nicht nur organisatorisch diese Liga trotz aller widrigen Umstände gemeistert, sondern uns auch sportlich sehr gut verkauft. Gegen den Tabellenzweiten Fortuna Köln haben wir die Gegensätze wieder einmal deutlich merken können: Köln reist mit einem VIP-Bus an, aus dem eine Mannschaft steigt, bei denen alle Spieler Vollprofis sind und ihr Geld nur mit dem Fußball verdienen. Das gilt nahezu für alle anderen Teams, bis auf wenige Ausnahmen. Unser Mini-Etat gibt das natürlich nicht her. Was in anderen Vereinen im Monat gezahlt wird, zahlen wir nicht in der gesamten Saison. Trotz der ganz bescheidenen Möglichkeiten leisten unsere Spieler etwas ganz Großes und haben auch gegen Köln toll dagegengehalten und mit 1:0 gewonnen. Da Tor hat der 20-jährige Dennis Wibbe erzielt, den wir vor der Saison von Adler Frintrop aus der Bezirksliga verpflichtet hatten. Mich freut es ungemein, dass die Jungs das Abenteuer Regionalliga mit so viel Leidenschaft angenommen haben, und von Seiten anderer Vereine hat man dafür großen Respekt gezeigt. Dazu kamen die beiden Derbys gegen RWE im neuen Essener Stadion, das war ein Traum, der wahr geworden ist, ein unvergessliches Erlebnis.

Lange Zeit hatte Ihr Verein nicht nur sportlich, sondern auch am Spielfeldrand, mit der Politik zu kämpfen. So mussten viele „Heimspiele“ am Uhlenkrug statt in der heimischen KrayArena ausgetragen werden. Ein Wettbewerbsnachteil?

Sportlich gesehen haben wir sogar das Beste daraus gemacht und einige Spiele dort gewonnen, aber strukturell war das für unseren Verein eine Katastrophe. Erhöhte Kosten und weniger Zuschauereinnahmen, damit haben wir zu kämpfen, und natürlich gehen unsere Fans lieber in die KrayArena als zum Uhlenkrug.

Ende letzten Jahres beschloss die Politik nach langem hin und her dann doch, die nötige Lärmschutzwand zu bauen. Wie ist der Stand? Wie geht es mit den anderen Baumaßnahmen voran?

Sehr schleppend, denn zunächst musste die Bezirksregierung in Düsseldorf das OK geben. Jetzt liegt endlich die Baugenehmigung vor, und es kann bald losgehen. Wobei die vergangenen Monate schon nicht einfach waren, da ja sogar der Bestand der Sportanlage durch die Lärmschutz-Problematik gefährdet war. Ich betone nochmals, dass nicht die Spiele der Regionalliga-Mannschaft das Problem für den Lärmschutz waren, sondern die Austragung von Fußballspielen allgemein, ja selbst die Pfeife des Schiedsrichters kann zu laut sein. Wir wollen jetzt so schnell wie möglich mit den Sport- und Bäderbetrieben die Sache zu Ende bringen und zumindest Lärmschutzwände und Tribüne fertigstellen. Der komplette Umbau für die Regionalliga-Tauglichkeit, um die Auflagen des Fußballverbandes zu erfüllen, macht jedoch keinen Sinn mehr, wenn wir tatsächlich absteigen sollten, da diese Auflagen für die Oberliga nicht bestehen.

In dieser Saison hat der FC Kray „Profiluft“ geschnuppert. Können wir hoffen, Ihren Verein demnächst wieder in der 4. Liga zu sehen?

Wir haben nur geschnuppert, es ist schon ein enormer Aufwand, auf diesem Niveau mitzuhalten. Wir haben uns gut verkauft in dieser Liga und jetzt haben wir mit Christoph Klöpper für die neue Saison einen ganz jungen und unglaublich ehrgeizigen neuen Coach verpflichtet. Und wenn sich das „Wunder von Kray“ wiederholen sollte, machen wir es einfach wieder mit, ganz nach der Theorie der letzten Saison, als wir gegen Uerdingen die Relegationsspiele gewonnen haben: „Alle haben gesagt, das geht nicht. Dann kam der FC Kray, der wusste das nicht, und hat es einfach gemacht.“

Vielen Dank für das Interview und weiterhin viel Erfolg!

Zur Person

Günther Oberholz, 49 Jahre alt, ist seit vier Jahren Präsident beim FC Kray.

Selbst aktiv beim TuS Essen-West, gespielt von 1971 an, danach ehrenamtlicher Jugendtrainer, Trainer, Fußball-Obmann. Seit 1998 beim FC Kray als Manager und anschließend Präsident tätig.
Mit dem FC Kray dreimal aufgestiegen, dreimal Essener Stadtmeister im Hallenfußball geworden und alle wichtigen Pokale gewonnen (Kreispokal, Kabelcom-Cup und Möbel Kröger-Cup).

FC Kray

Der Fußballclub Kray 1909/31, kurz FC Kray, ging aus der Fusion des DJK-Sportvereins Kray 09 und des VfL Kray 1931 im Jahr 1987 hervor. Der FC Kray ist sehr aktiv in der Jugendarbeit (13 Jugendmannschaften).

Die KrayArena an der Buderusstraße fasst 1.500 ZuschauerInnen. In dieser Saison hat die 1. Mannschaft des FC Kray noch zwei Heimspiele: am Dienstag, 7. Mai, um 19.30 Uhr gegen Bergisch Gladbach und am Sonntag, 19. Mai, um 14.00 Uhr gegen Bayer 04 Leverkusen II.

Kurznachrichten aus dem Parlament:

Opel Bochum:

Merkel macht dicht!

Nicht einmal angesprochen hat Kanzlerin Merkel bei ihrem Treffen mit den Spitzen von GM und Opel die Werksschließung in Bochum. „Mit ihrem Schweigen zu Bochum macht sich die Kanzlerin zur Komplizin der Konzernführung, die die verschiedenen Standorte in den europäischen Ländern und in Deutschland auf das Übelste gegeneinander ausspielt: Wer nicht „freiwillig“ Lohneinbußen und Arbeitsplatzabbau zustimmt, hat verloren und trägt nach der zynische Logik des Konzerns selbst die Schuld für eine eventuelle Werksschließung“, kritisiert Ulla Lötzer und unterstützt die Forderung nach neuen Verhandlungen zur Zukunft von Opel Bochum.

LINKE für sozialen Wohnungsbau

CSU-Bauminister Ramsauer setzt auf die Förderung des Eigenheimbaus für Besserverdienende. „So wird sich die Verdrängung sozial schwacher Mieter fortsetzen und die Lücke im sozialen Wohnungsbau größer“, kommentiert Heidrun Bluhm, wohnungspolitische Sprecherin der LINKEN im Bundestag.
Schon heute fehlen bundesweit rund 4 Millionen Sozialwohnungen. DIE LINKE fordert deshalb einen neuen sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau. „Jährlich müssen 150.000 Sozialwohnungen gefördert und gebaut werden“, fordert Bluhm.

Gute Löhne auch im Einzelhandel !

Von den fast drei Millionen überwiegend weiblichen Beschäftigten im Einzelhandel arbeiten schon heute 38 Prozent im Niedriglohnbereich, mehr als 150.000 müssen ihren Lohn mit Hartz 4 aufstocken. Den Arbeitgebern ist selbst das noch zu viel, denn zum Beginn der Tarifrunde haben sie auch den Manteltarifvertrag gekündigt. So wollen sie künftig auch Zuschläge für Nacht- und Wochenarbeit sparen.
Ver.di fordert Lohnerhöhungen von 6,5 Prozent und mindestens 140 Euro; DIE LINKE wird die Gewerkschaft dabei unterstützen. Weil aber nur noch vier von zehn Beschäftigten im Einzelhandel Tariflohn bekommen, ist auch die Politik gefragt: Tarifverträge müssen leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können, fordert DIE LINKE im Bundestag. Außerdem ist ein gesetzlicher Mindestlohn unverzichtbar.

Betriebsrätekonferenz

„Gute Arbeit, gute Löhne, gute Rente“

Rentenpolitische Diskussionsrunde, von l. nach r.: Moderatorin Karin Balke, Axel Gerntke (IG Metall) , Matthias W. Birkwald (rentenpolitischer Sprecher DIE LINKE im Bundestag) und Prof. Dr. Sigrid Leitner (Fachhochschule Köln).

„In den Grundzügen sind die Gewerkschaften und die LINKE sich einig, auch wenn nicht jeder in den Gewerkschaften das hören will.“ So begann Axel Gerntke vom IG Metall-Vorstand seine Zusammenfassung der rentenpolitischen Diskussionsrunde. Zumindest die gut 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz in Köln wollten das hören und diskutierten mit.
Eine der wichtigsten Gemeinsamkeiten in der Rentenpolitik ist die Forderung nach dem Ende der Rente erst ab 67. „Im Alter von 64 sind nur noch 14,2 Prozent der Versicherten sozialversicherungspflichtig beschäftigt“, stellte Matthias Birkwald fest. „Damit ist die Rente erst ab 67 für die allermeisten auch weiterhin nichts als eine dramatische Rentenkürzung“, so der rentenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. Er forderte zudem – anders als die IG Metall – als Ziel eine Solidarische Mindestrente von nicht weniger als 1.050 Euro.
Gerntke erläuterte die Rentenkampagne der Metallgewerkschaft. Er forderte die Abschaffung der Rente erst ab 67 und verlangte öffentlich geförderte Altersteilzeit, den erleichterten Zugang zu einer abschlagsfreien Erwerbsminderungsrente sowie den abschlagsfreien, flexibleren Ausstieg für Beschäftigte mit langen Versicherungszeiten. Prof. Leitner, die Sozialpolitik an der FH Köln lehrt, machte deutlich, dass Lohndiskriminierung, ungerechte Verteilung der Pflege- und Erziehungsarbeit und Zugangshindernisse zur Erwerbsarbeit wie etwa das Ehegattensplitting wichtige Ursachen für die Altersarmut von Frauen sind.

Beschäftige brauchen Politik, die Lohndumping stoppt

Vom Kampf um gute Löhne und gute Arbeit in den Betrieben berichteten Kai Beutler von der Betriebsräte-Strategie-Beratung Köln. Er kritisierte den Missbrauch von Werkverträgen an Beispielen aus der Fleisch- und Getränkeindustrie. Über die Tarifrunde im Einzelhandel und den dortigen Großangriff der Arbeitgeber auf die Manteltarifverträge sprach Regina Ensel, stellvertretende Betriebsratsvorsitzender bei IKEA Köln. Über die Lage in der krisengeschüttelten Autoindustrie Kerstin D. Klein, Politische Sekretärin der IG Metall Köln-Leverkusen.
„Die Beschäftigten brauchen eine Politik, die Lohndumping durch Werkverträge und Leiharbeit stoppt. So wird die Position der Gewerkschaften gestärkt, damit sie Lohnsteigerungen durchsetzen können“, fasste Ulla Lötzer, gewerkschaftspolitische Sprecherin der Linksfraktion, die Ergebnisse der Konferenz zusammen. Lötzer weiter: „Politik für gute Arbeit kann sich aber nicht im Kampf um Mindeststandards erschöpfen. Deshalb brauchen wir mehr Mitbestimmung und Schutz vor krank machendem Stress.“

Foto Linksfraktion, Niels Holger Schmidt

„Die Krise ist kein Betriebsunfall“

Ulla Lötzer war als Abgeordnete der LINKEN Mitglied in der Enquete-Kommission für „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“des Bundestages. Im Interview mit Haidy Damm vom „Neuen Deutschland“ zieht sie Bilanz:

nd: Im Mai 2012 haben Sie gesagt, die Zusammenarbeit in der Kommission über Fraktionsgrenzen hinweg war von echtem Erkenntnisinteresse geprägt. Würden Sie diese Aussage heute wiederholen?
Lötzer: Ich denke, es ist zumindest innerhalb der Opposition gelungen, zu wichtigen gemeinsamen Positionen zu kommen. So sind wir uns einig, dass die multiple Krise kein Betriebsunfall ist und die Antwort kein »Weiter so« sein kann. Zudem ist es sogar gelungen, die Koalition zu gemeinsamen Beschreibungen zu drängen, etwa in der Ressourcenfrage. Aber es gibt auch Ergebnisse, die ich sehr bedauere. So hat sich die Koalition auf die Haltung zurückgezogen, dass Probleme nur durch mehr Wachstum gelöst werden könnten. Damit wurde verhindert, sich ernsthaft mit Alternativen auseinanderzusetzen.
nd: Sie haben also nicht zu lange nach Kompromissen gesucht?
Lötzer: Nein, das würde ich nicht sagen. Ich glaube, es ist Aufgabe einer Enquetekommission, zu versuchen, in strategisch wichtigen Fragen gemeinsame Analysen und auch Positionen herauszuarbeiten. Nur weil wir nicht alles erreicht haben, ist nicht die ganze Enquete gescheitert.
nd: Sehen Sie in der Zusammenarbeit vor allem mit den anderen Oppositionsparteien eine Grundlage für zukünftige gemeinsame Projekte?
Lötzer Klar, sonst hätte ich das nicht gemacht. Wir werden die anderen Vertreter in Zukunft daran messen, was sie daraus machen. Im Parlament werden wir den Prozess weiterführen. Gemeinsam angestoßen haben wir einen Cross-over-Prozess, bei dem die Ergebnisse mit Verbänden und NGOs weiter diskutiert werden sollen.
nd: In den Punkten Ressourcenverbrauch und bei der Regulierung der Finanzmärkte ist sich die Kommission einig. Kritik gab es von der Opposition an der Erweiterung der Wohlstandsindikatoren über das Bruttoinlandsprodukt (BIP) hinaus. Warum?
Lötzer: Wir kritisieren, dass vor allem durch die große Anzahl von Indikatoren das Ziel verfehlt wird. Bereits jetzt gibt der Beirat für Nachhaltigkeit jedes Jahr einen Bericht heraus, in dem viele Indikatoren berücksichtigt werden, das müssen wir nicht noch mal machen. Es ging nicht um eine Ergänzung, sondern um eine Alternative. Mit der Erweiterung ist zu befürchten, dass das BIP weiter der entscheidende Maßstab bleiben wird.
nd: Einer der Hauptkritikpunkte der Opposition ist, dass Wachstum weiter positives Ziel bleibt.
Lötzer: Ja, das steht so ausdrücklich im Mehrheitsbericht. Die Koalition sagt zwar immer, Wachstum ist kein Ziel, sondern ein Mittel. Aber der Mehrheitsbericht spricht von Wachstum, Wachstum und Wachstum als Voraussetzung für die Lösung der Probleme. Damit stellt man sich aber nicht dem Problem, dass wir in den Industrieländern sowieso sinkende Wachstumsraten haben, also die Probleme nicht mehr über Wachstum lösen können. Zweitens wird ignoriert, dass die ökologischen Grenzen des Planeten soweit überschritten sind, dass Wachstum nicht mehr die Lösung sein kann, sondern wir Wohlstand und gutes Leben unabhängig davon sichern müssen. Und das heißt vor allem eine andere Verteilung. Wir haben das alles auch in einem linken Sondervotum ausführlich dargestellt.
nd: Wie sieht Ihrer Meinung nach eine Welt ohne Wachstum aus?
Lötzer: Ich glaube nicht, dass es um eine Welt ohne Wachstum geht, sondern es geht um eine Welt, die darin kooperiert, soziale Gerechtigkeit sowohl auf globaler als auf nationaler Ebene voranzubringen. Das heißt aber nicht, dass wir auf Schrumpfen setzen. Wir sagen, Wachstum ist für uns nicht der Maßstab, es geht um politische Ziele und vor allem Wohlstand.

nd: Das klingt nach sparen und verzichten?
Lötzer: Nein, nicht sparen und verzichten, sondern Suffizienz, also »Maß halten« und »Genug ist genug«. Ein gutes Leben zeichnet sich nicht nur dadurch aus, dass ich materiell immer mehr konsumiere, sondern dass ich eine zufriedenstellende Arbeit, dass ich eine Arbeitszeit habe, die mir Zeit lässt für Familie, Freizeit oder Ehrenämter und dass ich die Möglichkeit habe, mich gesellschaftlich zu beteiligen.
nd: Ein Streitpunkt zwischen den Oppositionsparteien war die Bewertung der Arbeitsmarktreform. Warum?
Lötzer: Wir beschreiben im Bericht Probleme am Arbeitsmarkt, zu denen unserer Meinung nach die Agenda 2010 massiv beigetragen hat: Ausweitung prekärer Beschäftigung des Niedriglohnsektors und der Leiharbeit. Diese Punkte wurden im Bericht nicht in unserer dezidierten Kritik verankert. Aber wir haben gemeinsame Konsequenzen gezogen in den Handlungsempfehlungen: Mindestlohn, Beschränkung von Leiharbeit oder Werkverträgen.
nd: Die LINKE hat als einzige Partei auch Positionen feministischer Ökonominnen eingebracht. Wie kam es dazu?
Lötzer: Zu Beginn der Kommission gab es von feministischen Organisationen Proteste aufgrund der Zusammensetzung. Völlig zu Recht, auch wir haben da Fehler gemacht. Wir haben dann mit Unterstützung feministischer Wissenschaftlerinnen diese Positionen versucht einzubringen. So haben wir einen Schwerpunkt darauf gelegt, dass Arbeit nicht nur marktförmige Erwerbsarbeit umfassen darf, sondern insbesondere die „Care-Arbeit“ einschließt. Parallel haben wir das Plan-B-Projekt in der Fraktion initiiert, in dem wir diese Positionen ebenfalls aufgegriffen haben. Ich denke, dass wir damit auch die Debatte in der LINKEN vorangebracht haben.
nd: Gestern wurde der Abschlussbericht der Kommission vorgestellt. Was passiert jetzt mit den rund 1000 Seiten?
Lötzer: Ich hoffe, dass eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung folgt und sich besonders zivilgesellschaftliche Organisationen äußern.

Alle Ergebnisse können im Internet nachgelesen werden:

http://www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/index.jsp

Von Barbara Rienas

Frintrop

Erdbeeren oder Aldi-Markt in Nachbars Garten

Seit ein paar Wochen ist es in Frintrop mit der Gemeinsamkeit der BürgerInnen vorbei. Aldi spaltet das idyllische Dorf in der Stadt. Die einen hätten den Discounter gerne fußläufig in ihrer Nähe. Die anderen können nicht glauben, dass ein Aldi-Markt in zweiter Reihe inmitten der Gärten gebaut werden soll. Wie vom Stadtplanungsamt vorgestellt, soll ein 1.000 m² großer Markt mit 72 Parkplätzen hinter den Häusern Frintroper Str. 418 und 420 gebaut werden.

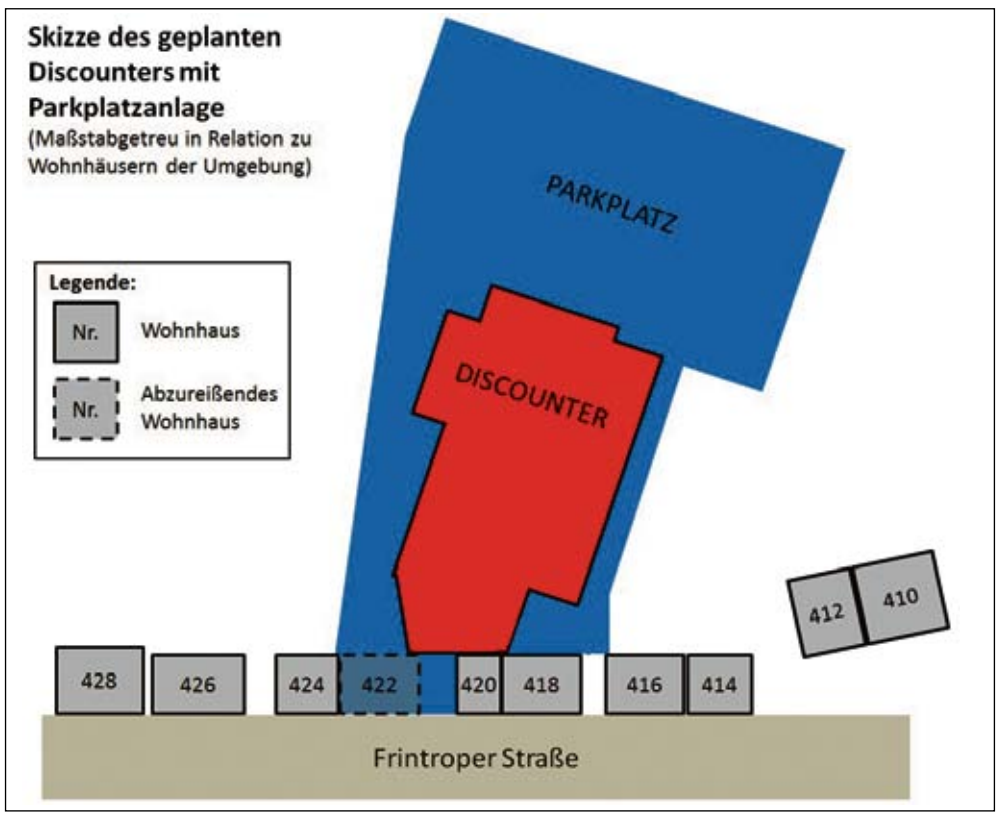
Das geplante Gebäude wäre inklusive Lager 1.500 m² groß und damit größer als bisher zugegeben. Die Grundfläche des Marktes entspricht der von 18 Einfamilienhäusern, die Parkplatzfläche der weiterer 36 Häuser. Optisch passt dieses riesige Gebäude nicht in die Gärten, es schlägt eine Schneise ins Dorf. Grünflächen, Gärten mit 50 großen Bäumen und Tiere müssten weichen. Viele AnwohnerInnen bangen nun um ihr Kleinod. Vom viel benutzten angrenzenden Feldweg bekäme man in Zukunft statt frischer Landluft die Autoabgase zu schnuppern. Auch mit der Ruhe wäre es vorbei, wenn 2.000 Autos täglich den Parkplatz frequentieren.

Barbara Rienas ist Bezirksvertreterin für DIE LINKE in der BV 4

Das Bauvorhaben grenzt direkt an den Grünzug B, ein besonders zu schützendes Gebiet zur Erhaltung einer Frischluftschneise für den Bereich Borbeck. Das hat bereits vor 11 Jahren auch die Staatskanzlei Düsseldorf bestätigt und eine Bebauung abgelehnt. Deshalb fragen sich jetzt die BürgerInnen, wie es zu der Genehmigung einer Bauvoranfrage gekommen ist, wo den AnwohnerInnen seinerzeit jedwede bauliche Veränderung abgelehnt wurde. In der Begründung hieß es damals, Gartenland sei kein Bauland.

Tägliches Dorfgespräch ist die Frage, warum Gartenland von einem Essener Ratsherrn plötzlich als Bauland genutzt werden kann und wer hieraus finanziellen Nutzen zieht? Misst die Verwaltung mit zweierlei Maß? Den interessierten BürgerInnen wurde auf einer Versammlung vom Stadtplaner klargemacht, dass Gartenland gleich Bauland ist.

Ein Investor hat in den vergangenen fünf Jahren Vorverträge über den Kauf der für den Aldi-Markt benötigten Grundstücke gesammelt. Jetzt wird mit allen Mitteln versucht, einer Frau, die in einem kleinen Häuschen Wohnrecht auf Lebenszeit hat, einen Umzug schmackhaft zu machen, u.a. indem man ihr eine neue Küche anbot.



Das Bauvorhaben ist riesengroß – so groß wie 54 Wohnhäuser

Die BürgerInnen zweifeln auch das sogenannte Verkehrskonzept an. Der Verkehr soll durch schmale, nicht für den Massenverkehr geeignete Nebenstraßen geleitet werden. Abgesehen von der zusätzlichen Emissionsbelastung werden auch noch Schulkinder, die zur benachbarten Grundschule gehen, gefährdet. Zu befürchten ist ebenso ein Ausbluten der kleinen ansässigen Geschäfte. Schließlich verkauft Aldi ja nicht nur Lebensmittel.

Gründe genug, den Aldi-Markt an dieser Stelle abzulehnen. Dies dachten sich auch andere AnwohnerInnen: Am 12. April hat sich eine Bürgerinitiative zur Verhinderung des Aldi-Marktes gebildet. Bei einem ersten Infostand wurden über 100 Unterstützerunterschriften gesammelt.

Infos der Anwohnerinitiative unter www.buergerinitiative-frintrop.de.

Dellwig

Hesse dicht – Freibadsaison fällt aus!

Das Freibad Hesse musste saniert werden. Vor Beginn der diesjährigen Saison sollten die Arbeiten abgeschlossen sein. Nun bleibt das Freibad dicht, weil die EABG bei der Sanierung alle gesetzlichen Bestimmung ignoriert und ohne qualifiziertes Fachpersonal gearbeitet hat.

Am 26.11.2012 erhielt die Essener Arbeit Beschäftigungsgesellschaft (EABG) den Auftrag für die Entkernungs- bzw. Abbrucharbeiten im Freibad. Unter anderem sollten die Farbanstriche des Schwimmerbeckens entfernt werden. Die früher verwendeten Farben enthielten giftiges PCB; dies hatte der Betreiber RuWa Dellwig in einer ausführlichen Liste der verwendeten Farben dokumentiert, wie es seine Pflicht war. Doch die EABG wählte entgegen aller baurechtlichen Bestimmungen das staubintensive Sandstrahlverfahren. So gelangte PCB-haltiger Staub in die Umgebungsluft, zusätzliche Gebäudeteile wurden kontaminiert, es entstand zusätzlicher Sanierungsbedarf.

Das waren noch Zeiten: Hesse im Sommer Foto: Archiv

Die Mitarbeiter der EABG (1-Euro-Jobber) wurden ohne oder mit mangelhafter persönlicher Schutzausrüstung, fehlender Qualifikation nach TRGS 524 und ohne die dringend erforderliche arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchung mit der Arbeit beauftragt. Eine sicherheitsbezogene Baustellenunterweisung erfolgte nicht. Die EABG war nicht einmal mit einem fachlich geschulten Bauleiter mit ausreichend Erfahrung (3-jährige Berufserfahrung im Umgang mit Gefahrstoffen) vor Ort. Einfachste Bauvorbereitungen, wie z.B. die Gestellung eines Schwarzbereiches vor Arbeitsbeginn (luftdichte Einhausung mit geregelter technischer Luftführung) wurden vernachlässigt.

Die Bestimmungen der Gefahrstoffverordnung und die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaft für Arbeiten in kontaminierten Bereichen (BGR 128) wurden komplett ignoriert. Doch gerade beim Umgang mit PCB ist deren Beachtung notwendig, damit Beschäftigte, unbeteiligte Dritte und die Umwelt nicht gefährdet werden. Nun stellte sich noch heraus, dass die EABG nicht einmal im Besitz einer gültigen Zulassung für den Umgang mit technischen Gefahrstoffen ist. Da fragt man sich, wie es überhaupt zur Auftragserteilung kommen konnte.

Am 21. Dezember 2012 wurde die Baustelle durch die Bezirksregierung Düsseldorf vorsorglich stillgelegt, um eine weitere Kontamination und somit eine Gesundheitsgefährdung des direkten Umfeldes zu vermeiden. Der Terminplan ist aufgrund der jetzt erforderlichen zusätzlichen Sanierungsarbeiten nicht mehr einzuhalten. Leidtragende sind jetzt die Familien im Essener Nordwesten, die das beliebte Freibad in diesem Jahr nicht nutzen und den Badespaß für den kleinen Geldbeutel nicht genießen können.

Das unqalifizierte Handeln der EABG zu Lasten des Bauherrn und der Badbenutzer muss zur Folge haben, dass die EABG für die Folgekosten aufkommt. Das gilt sowohl für die Mehrkosten, die durch Freisetzung von PCB-haltigen Stoffen entstanden sind, wie auch für die finanziellen Ausfälle, die für den Betreiber dadurch entstehen, dass die Saison nicht eröffnet werden kann. Bei zukünftigen Auftragsvergaben muss unbedingt gewährleistet sein, dass die beauftragten Firmen über die notwendigen Fachkenntnisse und Fachpersonal verfügen.

Herbert Bußfeld und Ingo Jankowski
Sachkundige Bürger für DIE LINKE im Sportausschuss

Nördliche Stadtteile

A42: Bürgerinitiative für Lärmschutz gegründet

Der Essener Norden ist vielfältigen Umweltbelastungen ausgesetzt. Sei es der Feinstaub entlang der B224, Müllverbrennung und -verarbeitung, Industrie oder produzierendes Gewerbe. Nun hat der Lärm die Menschen auf den Plan gerufen.

Anders als entlang des Ruhrschnellwegs, der A40, wurde der Lärmschutz im Essener Norden bislang eher stiefmütterlich behandelt. Die A42, die durch die Stadtteile Altenessen, Karnap und Vogelheim verläuft, hat weder Flüsterasphalt noch ausreichende Lärmschutzwände (diese sind meist über 30 Jahre alt, als das Verkehrsaufkommen noch deutlich niedriger lag). Ende April haben AnwohnerInnen die „Bürgerinitiative A42 Essen“ gegründet, um einen neuen Anlauf für einen besseren Lärmschutz zu unternehmen.

Die A42 weist ein Verkehrsaufkommen von 90.000 Kraftfahrzeugen täglich auf, davon ca. 8.000 Laster. Für AnwohnerInnen ist damit eine erhebliche Lärmbelastung verbunden. Lärm, der bekanntlich auch krank macht (so steigt beispielsweise bei Männern das Risiko eines Herzinfarktes signifikant). Die maßgeblichen Werte liegen für Bundesfernstraßen tagsüber bei 69 dB(A) und nachts bei 59 dB(A). Laut der Lärmkarte der Stadt Essen stehen viele Häuser der AnwohnerInnen in einem Bereich, der diese Grenzwerte deutlich übersteigt.

Was tun? Die AnwohnerInnen fordern drei Dinge: Flüsterasphalt, mindestens 6,5 Meter hohe Lärmschutzwände und eine Geschwindigkeitsbegrenzung. Gerade eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 80 ist geeignet, die Situation für die AnwohnerInnen schnell und ohne größere Kosten zu verbessern.

An anderer Stelle in Essen ist das übrigens längst Praxis: auf der A52 in Bredeney.

Birgit Petereit und Dieter Stodiek
Bezirksvertreter für DIE LINKE / Freier Essener Norden in der BV 5

Ausgehtipps:

Freitag, 3. Mai, 18.00 Uhr
Wahlkreisversammlung für Mülheim und Essen-Borbeck zur Aufstellung des Direktkandidaten/der Direktkandidatin zur Bundestagswahl, Parteibüro DIE LINKE. Mülheim, Dickswall 40-42, im Zentrum direkt am Hauptbahnhof/Forum

Samstag, 4. Mai, 14.00 Uhr
„Euro und Europa retten?“ – Bildungsworkshop der LINKEN. Essen mit Karsten Peters, wiss. Mitarbeiter des Europaabgeordneten Jürgen Klute, Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, Innenstadt

Dienstag, 7. Mai, 19.00 Uhr
„Feindbild Islam?“ - Diskussion mit Christine Buchholz, friedenspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Veranstaltung der Linksjugend [’solid] Essen, Bibliotheksgebäude der Universität, Raum R11 t00 d05, Universitätsstr. 2, Innenstadt/Univiertel

Mittwoch, 8. Mai, 18.00 Uhr
„Offensiv gegen Neonazis im Essener Norden und überall“ – Kundgebung eines Bündnisses verschiedener Organisationen zum Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, Altenessener Str./Ecke Winkhausstr. gegenüber dem Alleecenter, Altenessen

Mittwoch, 8. Mai, 19.00 Uhr
DIE LINKE. Essen, Mitgliederversammlung zur Diskussion des Bundestagswahlprogramms in den Räumen des ChorForum e.V., Fischerstr. 2-4, Innenstadt

Mittwoch, 15. Mai, 19.00 Uhr
„Der Islam – Schrecken des Abendlandes“ mit Prof. Dr. Werner Ruf, Veranstaltung des Essener Friedensforums in der Volkshochschule, Burgplatz 1, Innenstadt

Donnerstag, 23. Mai, 19.00 Uhr
„Asylrechtsänderung und Solinger Brandanschlag – 20 Jahre danach“ – Diskussion mit Heinz Drucks (Flüchtlingsrat NRW) und Bernd Brack (Pro Asyl Essen), Volkshochschule, Burgplatz 1, Innenstadt

Samstag, 25. Mai, 11.00 Uhr
„Engel der Kulturen“, Start am Schulzentrum Meistersingerstraße, Abschluss um 15.00 Uhr mit einem interkulturellen Fest am Krayer Markt

Freitag/Samstag, 31. Mai/1. Juni
„Blockupy Frankfurt“, Aktionstage gegen das Krisenregime der Europäischen Union, ein Bus fährt auch ab Essen, bitte aktuelle Infos beachten unter www.dielinke-essen.de

Mittwoch, 12. Juni, 19.00 Uhr
DIE LINKE. Essen, Mitgliederversammlung, Gaststätte „Sternquelle“, Schäferstraße 17, Innenstadt

Mittwoch, 19. Juni, 19.00 Uhr
Monatsversammlung des Essener Friedensforums, Volkshochschule, Burgplatz 1, Innenstadt

Sonntag, 25. Juni, 11.00 Uhr
DIE LINKE. Essen, Frauentreffen in der Gruga

Donnerstag, 18. Juli, 18-21 Uhr
ANABEL JUJOL || COME CLOSER || INTRAVISION 2013 || PERFORMANCE/INSTALLATION
Der Besuch dauert ca. 15 Minuten - die Performance ist ein laufender Prozess.
Junges Museum Bottrop, Blumenstraße 12-14, 46236 Bottrop

Regelmäßige Treffen:

Jeden Montag, 18.30 Uhr
Aktiventreffen des Antirassismus-Telefons, im Interkulturellen Solidaritätszentrum, Friedrich-Ebert-Str. 30, Innenstadt

Jeder zweite Montag im Monat, 19.00 Uhr
Monatsversammlung von „Essen stellt sich quer“ im Interkulturellen Solidaritätszentrum, Friedrich-Ebert-Str. 30, Innenstadt

Jeden Dienstag, 18.00 Uhr
Offenes Treffen der Linksjugend [’solid] Essen, Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, Innenstadt

Jeder vierte Dienstag im Monat, 19.00 Uhr
DIE LINKE. Stadtteilgruppe in den Bezirken 7/8 im Kulturforum, Dreiringstr. 7, Steele

Jeder erste Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr
Aktiventreffen von Attac Essen, Café Unit, Reckhammerweg 2, Innenstadt/Univiertel

Jeder vierte Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr
DIE LINKE. Stadtteilgruppe im Bezirk 3 im Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, Innenstadt

ESSENER ABEND

Die Kehrseite

Erfolgreich: Anabel Jujol konnte über 16.000 Menschen für Bildungund Kultur begeistern

Erfolglos: Oberbürgermeister Paß (SPD) begeistert mit einsamen Entscheidungen niemanden mehr

Hingeschaut

„kulturgutEssen“ wird „kulturVergessen“

Meine Damen und Herren, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Essener, liebe Migranten!

Zunächst, bevor ich meine Rede beginne, möchte ich mich bei unseren Sponsoren und Unterstützern bedanken. Mein besonderer Dank gilt dem Energiekonzern RWE für die Zurverfügungstellung der gesamten Technik der Kundgebung, die Logistik wurde gefördert von Evonik, für das Catering bedanken wir uns bei Mac Donalds Limbecker Platz und Subway. Die Ausstattung der Moderatorin und der Demonstranten verdanken wir einer großzügigen Spende von Primark und C&A Essen. Die gesamtstrategische Planung des heutigen Tages mit allen Abläufen hat Roland Berger Strategy Consultants für uns übernommen.

Mein Name ist Anabel Jujol, Vertretungsberechtigte der ehemaligen Initiative zum Bürgerbegehren „kulturgutEssen“. Das ist nun Vergangenheit. Heute leite ich als Senior Management PR Consultant and Supervisor die Initiative „kulturVergessen“.

Unser Motto lautet, frei nach Cat Stevens: „If you want to sing out, sing loud“. Wir treten ein für die völlige Privatisierung und den profitorientierten Umbau des kulturellen Lebens in Essen, ganz Deutschland und in der Welt. Die Einrichtungen Volkshochschule, Folkwang-Musikschule, alte Synagoge, Haus der Geschichte, Stadtarchiv, das Büro für interkulturelle Zusammenarbeit, das alles sind rückwärtsgewandte, altbackene und vor allem in höchstem Maße ineffiziente Einrichtungen.

„kulturVergessen“ schaut in die Zukunft. Wir unterstützen von nun an mit allen Kräften das Projekt Essen2030 des Oberbürgermeisters Reinhard Paß, und zwar insbesondere das Themengebiet „Essen. talentiert“. Mit dem Geld, welches wir mit den Schließungen der Einrichtungen sparen, können wir schon Anfang Mai 2013 mit unseren Talent-Scouts in Bürgerbussen auf Tour gehen. Denn ab Mai startet die erste Staffel von „Radio Essen sucht den Superstar“. In der Jury der Kabarettist Herbert Knebel, der Essener Musiker Stoppok und die Essener Jazzmusikerin und Professorin Ilse Storb. Die drei freuen sich schon, die talentiertesten Kinder der Stadt zu finden. Der „Voice of Essen“ winkt ein lukrativer Werbevertrag mit ThyssenKrupp, der Verlagsgruppe WAZ, ein einjähriger Exklusivvertrag mit Radio Essen und ein Solokonzert im Musikpavillon des Grugaparks. Das Grillo-Theater und die Essener Oper weichen einem modernen Konzept namens: „EON – Power to the people“. Gemeinsam mit dem Cinemaxx Essen und McDonalds werden mobile Entertainment-Stationen in ganz Essen eingerichtet: Jung und Alt können in den EON-Powerbussen die neusten Blockbuster aus Hollywood sehen oder sich gemeinsam im 3D-Game-Center vergnügen.

Foto: Stefan Dolge

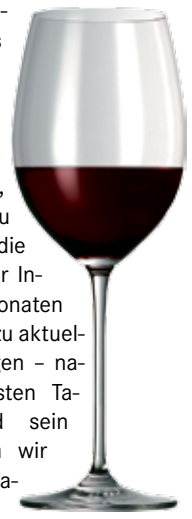
Mit diesen bürgernahen, innovativen Ideen ermöglichen wir zugleich dem Essener Mittelstand zielgruppengerechte Werbemöglichkeiten – quasi direkt beim Kunden vor Ort. So können wir die Eintrittspreise der Event-Stations entsprechend niedrig halten und das Angebot attraktiv vermarkten. Das Büro für interkulturelle Zusammenarbeit, das Stadtarchiv und die Ausstellung der alten Synagoge werden selbstverständlich abgeschafft. Roland Berger und Thilo Sarrazin haben gemeinsam für unsere Kommune die neue Broschüre „Essener Leitkultur“ verfasst. In den ehemaligen Stadtbüchereien kann jeder Migrant und jeder interessierte Essener Bürger sein Exemplar kostenlos abholen. Er findet dort alle wichtigen Informationen zur deutschen Essener Geschichte und Anleitungen zur erfolgreichen Integration.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger der Konzernstadt Essen – bitte tragen Sie nun Ihren Namen und ihre Anschrift sowie Ihr Geburtsdatum in die ausliegenden Listen. Ihre Daten werden selbstverständlich für Werbezwecke erfasst und veräußert. Sie erhalten zum Dank unseren kostenlosen Newsletter. Wenn wir 14.000 Unterschriften erhalten haben, startet unser Projekt schon am 1. Mai. Ich danke für Ihr Vertrauen, Glück kauf!

Anabel Jujol ist Vertretungsberechtigte des Bürgerbegehrens kulturgutEssen. Dieser Text war ihre Rede zur UmFAIRteilen-Demonstration in Essen am 13. April 2013.

& Frank Frei

Thomas Kufen



vermisst in seiner Heimatstadt das Meer, trinkt mittlerweile lieber Rot- als Weißwein und müsste mal sein Arbeitszimmer aufräumen. Ach ja, er ist ein Mensch wie Du und ich. Doch Politik, die gibt es nicht auf seiner Internet-Präsenz. Seit Monaten wird dort verspochen, zu aktuellen Fragen was zu sagen – natürlich „in den nächsten Tagen“. Sehr passend sein Wahlspruch, mit dem wir ihn zitieren: „Erstmal sacken lassen.“

Jutta Kruft-Lohrengel

hat schon eine gewisse Schlagseite. Für die A52 quer durch die Stadt, für den Ausbau des Flughafens, gegen die Steuerpläne links von der Mitte – das Herz der IHK zu Essen und das ihrer Präsidentin schlägt für all die politischen Sackgassen, mit denen sich unsere Stadt so plagt. Nun gab sie auch in Sachen Thurmfeld die Linie vor: Besser das gute Grundstück „nachhaltig“ nutzen, sprich: wirtschaftlich verwerten, statt es nur zweimal im Jahr mit einer Kirmes bespielen. Unser Tipp an Herrn Kufen: Bloß nicht drüber nachdenken, erstmal sacken lassen!

Andreas Bomheuer

hat gewonnen. Weiß er das auch? Zwar war er selbst nicht dran beteiligt, aber eine erfolgreiche Unterschriftensammlung für den Erhalt von Bildung und Kultur stärkt ganz entscheidend seine Position als zuständiger Dezernent. Fragt sich nur: Muss er jetzt heimlich in den Keller gehen, um sich zu freuen?

Tadashi Nakamura

starb kürzlich im hohen Alter von 83 Jahren. Aus Verbundenheit zu unserer Stadt stiftete Essens erster japanischer Einwanderer vor 25 Jahren jene Kirschbäume, die uns Jahr für Jahr in Rüttenscheid mit rosa Blütenduft betören. Nun soll die Stadt ein Denkmal für den Stifter stiften. Wir stimmen zu, und zwar aus leidvoller Erfahrung. Wie die gefällte Hainbuche der Familie Ophaus in Burgaltendorf nach 17 Jahre langem Leben bewies: Gestiftete Bäume werden schnell mal umgelegt, wenn Grün und Gruga Frühlingsluft schnuppert. Ein Denkmal aus Metall, das hält auch Kettensägen stand.

Rätsel-Ecke

Aus dem Lostopf aller Einsendungen zum letzten Rätsel mit dem richtigen Lösungswort „kulturgut“ zog die Redaktion Gunhild S. aus Frohnhausen – herzlichen Glückwunsch zum kostenlosen Zweimonats-Abo des Neuen Deutschland.

Zu gewinnen gibt’s diesmal das im Juni erscheinende neue Buch des Diplom-Pädagogen und Hartz4-Kritikers Norbert Wiersbin, „Hartz 4 – Deutschland auf dem Weg in den Unrechtsstaat“.

Wer das Lösungswort findet, schickt es auf einer Postkarte an: Essener Morgen c/o DIE LINKE. Essen, Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, 45127 Essen, oder in einer Email an essener-morgen@dielinke-essen.de. Einsendeschluss ist der 15. Juni 2013.

Einsendungen von Angehörigen der Redaktion sowie mündliche Überlieferungen können leider nicht entgegen genommen werden. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Viel Spaß!

Aus den dritten Buchstaben von oben nach unten ergibt sich die Lösung: Wenn OB Paß mit Gutachten regiert, gerät sie in unserer Stadt in Gefahr. Viel Spaß!

Das dürfen wir vielleicht bald im Baldeneysee
[ ][ ][ ][ ][N]

Der wollte einst die Kavallerie in die Schweiz schicken
[ ][ ][ ][ ][ ][ ][ ][ ][ ][C][ ]

Seeckt und Einem durften bleiben, diese Straße aber muss bald weichen
[ ][ ][ ][ ][ ][ ][ ][ ][R][.]

Die wandern jetzt wieder in Heisingen und anderswo
[ ][ ][ ][ ][T][ ][ ]

Internetbetrüger tun es, Steuersünder und Finanzjongleure auch
[A][ ][ ][ ][ ][ ][ ][ ][ ][ ][ ]

Kontinent im Würgegriff der Finanzmärkte
[ ][U][ ][ ][ ][ ]

Wie jedes Prestigeprojekt wird auch das hier viel teurer
[ ][ ][ ][ ][I][ ][ ]

Dieser Stadtteil wird durch Seegrundstücke aufgepeppt
[ ][ ][ ][ ][ ][D][ ][ ][ ]

Geballte Wirtschaftsmacht - in Essen kriegt der schon zu Lebzeiten einen Boulevard
[ ][ ][ ][ ][Z]

Am 22. September werden auch Sie hoffentlich das hier tun
[W][ ][ ][ ][ ][ ][ ]

Lösung:
[ ][ ][ ][ ][ ][ ][ ][ ][ ][ ]

[...]

Welche Farbe soll die Rose haben, die wir nahe deiner Seele pflanzen wollen?
Rot soll die Rose sein, die an deinem Schritt gemahnt.
Wie sollen die Hände sein, die an deine Asche rühren?
Rot sollen die Hände sein, in deiner Asche geboren.
Und wie die Saat deines toten Herzens?
Rot die Saat deines lebendigen Herzens.
[...]

aus Pablo Nerudas Gesang für Bolivar

Wo ist der Maulwurf?

Der ehemalige Stadtdirektor Christian „Hülsi“ Hülsmann ist immer noch aktiv. Unter anderem im Aufsichtsrat der weltweit agierenden (Auslandsbüros in Mailand und New York – man gönnt sich ja sonst nichts) Messe Essen.

Unlängst wurde doch tatsächlich öffentlich, dass der Kostenrahmen von 123 Millionen für den Messe-Neubau womöglich gesprengt wird. Nun sucht Herr Hülsmann fieberhaft nach dem Maulwurf, der diese „streng vertraulichen Informationen“ nach außen getragen hat. Sachdienliche Hinweise bitte an huelsi@essen.de